



11. Die Empfehlungen der 2010 in Auftrag gegebenen Schulentwicklungsplanung sollen umgesetzt werden!

1. Anlass, Relevanz, Problemstellung

In der heutigen Wissensgesellschaft sind Bildung und Qualifikation von zentraler Bedeutung und Schlüsselfunktionen für individuelle Lebenschancen. Wissen ist in vielen Wirtschaftszweigen mittlerweile der größte Produktionsfaktor und in gesellschaftlichen Beschäftigungsquoten von zunehmender Relevanz (de Haan et. al. 2002, S. 3 f.). Aktuelle Tendenzen im Bildungswesen verdeutlichen diesen gesellschaftlichen Wandel (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010):

- hohe Bildungsbeteiligung, zunehmend auch in der frühen Kindheit
- zunehmende Übergänge in höher qualifizierende Schularten
- Anstieg des Bildungsstandes (Hochschulreife), insbesondere bei Frauen
- steigende Zahl der Studienanfänger

Die Schulbildung als grundlegende Qualifikation von Kindern und Jugendlichen spielt in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle und stellt eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Bildungs- und Berufsbiografien dar.

Auf der anderen Seite impliziert der fortschreitende Strukturwandel eine sich verschärfende Bildungsungleichheit – sowohl in sozialer als auch in herkunftsbedingter Sicht. Beispielsweise ist festzustellen, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund häufiger niedrig qualifizierende Schularten besuchen und Jugendliche mit Hauptschulabschluss große Probleme haben, einen Ausbildungsplatz zu finden. Seit einigen Jahren existiert daher eine permanente, z.T. international ausgerichtete Reformdebatte, aus der grundlegende Veränderungen im Bildungswesen (Reform der Schulstruktur, europäisches Hochschulwesen) hervorgehen.

Darüber hinaus ist das deutsche Bildungswesen im Spannungsfeld des demografischen Wandels und knapper öffentlicher Finanzen zu betrachten. Es ist abzusehen, dass sich die Schülerzahlen in den nächsten Jahren insgesamt deutlich verringern werden und der eingeschränkte Handlungsspielraum der öffentlichen Haushalte Auswirkungen auf die Bildungsausgaben haben kann. Auch wenn Bildung aktuell einen hohen politischen Stellenwert besitzt – beispielsweise beträgt der Anteil der Bildungsausgaben an den Gesamtausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen 40,5% (Statistisches Bundesamt 2009, S. 106) – so werden in einigen Bundesländern bereits Sparmaßnahmen bzw. Umstrukturierungen im Bildungssektor vollzogen.

2. Situationsbeschreibung

In Ibbenbüren sind insgesamt 18 Schulen vorhanden (9 Grundschulen, 3 Hauptschulen, 2 Realschulen, 2 Gymnasien und 2 Förderschulen). Auch hier lassen sich o.g. Entwicklungstendenzen erkennen:

- Die Schülerzahl der beiden Gymnasien ist etwa ebenso hoch wie die summierte Schülerzahl aller Haupt- und Realschulen,
- der Anteil an Hauptschülern nimmt in den letzten Jahren ab – während der Anteil an Gymnasiasten steigt und
- der Anteil an jugendlichen Ausländern variiert deutlich nach Schulform (19,9% Förderschule, 10,9% Hauptschule, 2,4% Realschule und 1,0% Gymnasium).

Aus diesen Entwicklungen sowie dem demografischen Wandel ergeben sich auch für Ibbenbüren Bedarfe, auf die reagiert werden muss. Aktuell wird ein Schulentwicklungsplan aufgestellt, der die

Schülerzahlen der ansässigen Schulen bis 2020 prognostiziert, Erweiterungs- und Entwicklungsbedarfe aufzeigt und die Möglichkeit der Gründung einer städtischen Gesamtschule prüft. Demnach wird die Zahl der Grundschüler von aktuell 2.286 auf insgesamt 1.910 Schüler (-16,4%) im Jahr 2020 sinken. Bei den weiterführenden Schulen wird sich die Schülerzahl im selben Zeitraum von 4.338 auf 3.538 (-18,4%) verringern.

Auch wenn mittelfristig Raumbedarfe an den Gymnasien zunehmen, so müssen sich alle Ibbenbürener Schulen langfristig auf abnehmende Schülerzahlen einstellen. Insbesondere die Laggenbecker und die Paul-Gerhardt-Hauptschule müssen diesbezüglich einen entsprechenden Schulbetrieb (zweizügige Klassenstufen) entwickeln, während die anderen Schulen auch mit geringeren Schülerzahlen getragen werden können. Fraglich – und aktuell politisch diskutiert – ist der zukünftige Betrieb der Grundschule in Dörenthe, die nach Empfehlung des Gutachtens aufzugeben ist.

Fast alle Stadtteile (abgesehen von Uffeln) verfügen über eine wohnortnahe Grundschule, und auch die Grundschule in Dörenthe kann nach derzeitigen Berichten als Verbundschule erhalten werden. Sechs Grundschulen haben einen offenen Ganztagsbetrieb, der von 25% der Schüler genutzt wird.

Die Gründung einer Gesamtschule, die nach Prognosen potenziell möglich wäre, würde die städtische Schullandschaft tiefgehender verändern. Bei einer Mindestgröße von 112 Schülern für eine solche Schulform müssten die Hauptschulen auf dem Dickenberg und in Laggenbeck wahrscheinlich geschlossen werden.

3. Analyse, Bewertung, Thesen

Die Schulen und Bildungsmöglichkeiten sind für viele Ibbenbürener von großer Bedeutung, wie auch in den Bürgerforen deutlich gemacht wurde. Insofern ist die Aufstellung eines Schulentwicklungsplans zur Abschätzung künftiger Schülerzahlen ein richtiger Ansatz. 91% der Bürgerinnen und Bürger, die an den Bürgerwerkstätten teilnahmen, bewerteten die Umsetzung der Schulentwicklungsplanung als wichtig. Auch bereits erfolgte Investitionen im Schulbereich, wie z.B. Gebäudesanierungen, der Bau von Mensen und Renovierungsmaßnahmen zeigen, dass die Stadt die Bedeutung des Schulsektors erkennt und grundsätzlich auf einem guten Weg ist.

Dennoch muss die Schulbildung ein zentrales Handlungsfeld der Stadt Ibbenbüren bleiben. Die Rückmeldungen – auch aus dem Jugendworkshop – zeigen, dass insbesondere die erfolgten Sanierungs- und Renovierungsmaßnahmen positiv bewertet werden, aber dennoch vereinzelt Mängel an Schulgebäuden und -höfen bestehen. So wurde insbesondere der bauliche Zustand der Hauptschule Laggenbeck negativ bewertet sowie fehlende Räumlichkeiten am Goethe- und Kepler-Gymnasium. Auch der Aspekt der Chancengleichheit sollte zukünftig in der städtischen Schulplanung prioritär behandelt werden.

Auch der Erhalt der Grundschule in Dörenthe bleibt weiterhin fraglich, obwohl diese zur Verbundschule wird. Die Schulentwicklungsplanung prognostiziert jedoch für die Zukunft einen weiteren Rückgang der Schülerzahlen und schlägt eine Schließung der Grundschule vor.

4. Ziele, Leitlinien

Der Schulentwicklungsplan sollte die Basis künftiger Planungen sein. Die dezentrale Grundschulversorgung ist zu erhalten – ggf. mittels Fusionsmodellen (Verbundschule in Dörenthe) oder alternativen Schulmodellen. Der bedarfsgerechte Ausbau der Ganztagesversorgung ist voranzutreiben, zumal immer mehr Eltern beiderseits berufstätig sind. Aufgrund der aktuell steigenden Auslastung müssen mittelfristig Erweiterungsmöglichkeiten der Gymnasien überprüft werden. Dabei ist es sinnvoll, die Wünsche der Schülerinnen und Schüler zu berücksichtigen und Lehrer wie Schüler gleichermaßen an Umgestaltungsmaßnahmen an ihrer Schule zu beteiligen (vgl. Oberziel 15).

Um die wohnungsnahе Schulversorgung in Dörenthe zu erhalten erscheint die einzige Möglichkeit auch Kinder aus anderen Ortsteilen oder angrenzenden Gemeinden zu gewinnen. Dies gelingt nur, wenn die Schule durch ihr pädagogisches Konzept aus der regionalen Schullandschaft besonders hervorragt. Der aus der Not geborene Jahrgangsstufenübergreifende Unterricht ist bereits ein guter Ansatz, auf dem aufgebaut werden kann.

Die besondere Bedeutung der Schulversorgung soll gewichtend in die Stadtentwicklung einfließen. Inhalte und Maßnahmen aus dem Schulentwicklungsplan können aber erst nach Beschluss übernommen werden.

Für die Schaffung einer gleichen Bildungsbeteiligung sind verschiedene Maßnahmen denkbar, z.B. ergänzende sozialpädagogische Betreuungen und Sicherung der Mittagsversorgung auch für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler.

5. Maßnahmen

Schulentwicklungsplanung als Grundlage

- Berücksichtigung der Schulentwicklungsplanung bei der weiteren Gestaltung der Schullandschaft
- Prüfung der Empfehlungen aus den Bürgerwerkstätten:
 - Ausbau der Ganztagsangebote an Schulen
 - Umgestaltung von Klassenräumen
 - Anschaffung neuer Medien (Beamer, Fernseher etc.) gemäß vorhandenem Medienentwicklungsplan
 - Einrichtung einer Gesamtschule in Ibbenbüren als alternatives schulisches Angebot
 - Besondere Bewerbung des jahrgangsübergreifenden Konzeptes der Grundschule in Dörenthe; z.B. Dörenthe als Pendlerschule
- Prüfung der Empfehlungen aus dem Jugendworkshop:
 - Umgestaltung/Erweiterung Schulhof Goethe-Gymnasium
 - Sanierung/Renovierung Hauptschule Laggenbeck
 - Schaffung Oberstufenraum Kepler-Gymnasium

Akteure: FD Schulen	Zeitraum: 2012
	Priorität: hoch

Integration von Schulentwicklungsplanung und Jugendhilfeplanung

- Regelmäßige Abstimmung der Analysen und Maßnahmen
- Gemeinsame Überprüfung der Maßnahmen und Reflektion der Zusammenarbeit

Akteure: FD Schule, FD Jugend und Familie	Zeitraum: 2020
	Priorität: mittel

Beteiligung von Schülern und Lehrern bei der Umgestaltung von Schulen

- Weiterhin projektbezogene Partizipation an Schulen bei der Planung und Durchführung von Maßnahmen im Schulgebäude und in den Freiräumen in Kooperation mit professionellen Planern und Handwerkern
- Partizipation zum „Normalfall“ werden lassen
- Unterstützung und gute Beispiele in Architektur macht Schule NRW (www.architektur-macht-schule.de)

Akteure: Schulleiter, Lehrer, Eltern und Schüler, FD Schulen	Zeitraum: -
	Priorität: hoch

Kooperation von Schulen mit anderen Bildungseinrichtungen (Good-Practice-Bsp. Mannheim)

- Ganztagsangebote durch andere Bildungseinrichtungen (z.B. Jugendkunstschule, Musikschule, Jugendzentren etc.) oder Sportvereine anbieten
- Angebot von kostenlosen Nachhilfestunden in den Hauptschulen für (z.B. Mannheim): Schüler von acht Modellschulen können pro Jahr 10.000 kostenlose Nachhilfestunden bei der Volkshochschule und Musikschule buchen (in: ZEIT 27 vom 1. Juli 2010)

Akteure: Schulen , Bildungseinrichtungen (Jugendkunstschule, Musikschule, Jugendzentren etc.)	Zeitraum: 2012
	Priorität: hoch



12. Die gute flächendeckende Kinderbetreuung in Ibbenbüren muss zeitlich noch flexibler werden und für unter Dreijährige ausgebaut werden!

1. Anlass, Relevanz, Problemstellung

Maßnahmen zur Verbesserung der Bedingungen für Kinder- und Familienpolitik sind ein wichtiger Bestandteil kommunaler Politik. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien kann ein Anreiz für eine Steigerung der Geburten und zum Verbleib in der Stadt sein. Die Ansatzpunkte zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit sind zahlreich (vgl. KGSt).

Ein wichtiges Element kommunaler Familienpolitik ist die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. "Insbesondere Frauen müssen sich in Deutschland noch oft zwischen Beruf und Familie entscheiden. 70% der Mütter, die zuhause bleiben, können sich gut vorstellen, erwerbstätig zu sein, wenn sie eine verlässliche bedarfsorientierte Kinderbetreuung zur Verfügung hätten" (vgl. www.familie-in-nrw.de). Nicht nur der demografische Wandel, sondern auch die hohe Qualifizierung von Frauen lässt die optimale Ausschöpfung des Arbeitskräftepotenzials von Frauen sinnvoll erscheinen. Ferner führt das Elterngeld dazu, dass die Kinderbetreuung verstärkt bereits nach den ersten 12 oder 14 Lebensmonaten nachgefragt wird.

Kindertageseinrichtungen und Schulen (vgl. Oberziel 11) sind wichtige Faktoren für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies betrifft vor allem Betreuungsangebote für unter Dreijährige Kinder, verlässliche Betreuung auch für ältere Kinder im Anschluss an die Schule oder in den Ferien, eine Notfallbetreuung für Kinder sowie gut aufeinander abgestimmte Betreuungs-, Arbeits- und Öffnungszeiten. Auch die Zunahme von Alleinerziehenden macht immer frühere und flexiblere Betreuungskonzepte notwendig.

Darüber hinaus rückt die Qualität der Betreuung immer mehr in den Fokus der Politik: Besondere Sprach- und Bewegungsförderung sowie vielfältige pädagogische Angebote (z.B. Waldkindergarten, Montessori- oder Waldorfpädagogik etc.) sind in der Regel Bestandteil einer kommunalen Kindergartenlandschaft.

Am 01. August 2008 ist das neue Kinderbildungsgesetz (KiBiz) des Landes NRW in Kraft getreten. Es löst das alte, seit 1992 geltende GTK (Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder) ab. Schwerpunkte des KiBiz sind mehr Bildung, eine bessere Betreuung und frühe Förderung. Dies wird erreicht durch einen massiven Ausbau der Betreuungsangebote für unter Dreijährige, den Ausbau der Kindertagespflege, die gesetzliche Verankerung der zusätzlichen Sprachförderung, den Ausbau von Familienzentren, in denen Betreuung, Bildung und Beratung mit Kindern gebündelt werden, sowie mehr Flexibilität für die Eltern bei der Wahl der Betreuungsdauer.

Die Kindertagespflege wird so erstmals gesetzlich verankert und vom Land finanziell gefördert. Pro Jahr und Kind zahlt das Land künftig 725 Euro für die Betreuung bei Tageseltern. Das neue Gesetz sieht eine Unterstützung der Vermittlung von Tagesmüttern und Tagesvätern vor (vgl. www.familie-in-nrw.de).

2. Situationsbeschreibung

In Ibbenbüren gibt es zurzeit 27 Kindertageseinrichtungen (Kitas) in Ibbenbüren (17 davon in kirchlicher Trägerschaft, eine städtische Kita sowie einen Sonderkindergarten für geistig Behinderte in der Trägerschaft der Caritas).

Die Kitas verfügen teilweise über unterschiedliche Profile: Fünf Kitas sind Familienzentren, die Angebote für die ganze Familie vorhalten (z.B. Erziehungsberatung, Sprachförderung auch für Eltern, Vermittlung von Tagesmüttern) und mit anderen Einrichtungen zusammen arbeiten. Bis 2012 sollen fünf weitere Familienzentren entstehen.

Die vier Kitas der Kinderland GmbH werden im Jahr 2010 zu "Bewegungskindergärten", die Kitas des Begegnungszentrums für Ausländer und Deutsche e.V. legen ihren Schwerpunkt auf die Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund. Darüber hinaus gibt es zwei Elterninitiativen in Ibbenbüren: den Kindergarten Löwenzahn e.V. in Laggenbeck für Drei- bis Sechsjährige Kinder sowie die Kita Rappelkiste e.V. für Null- bis Sechsjährige Kinder in der Innenstadt.

Einige Einrichtungen nehmen bereits unter Dreijährige auf und bieten unterschiedliche Betreuungszeiten an. Als einzige Kita bietet die städtische Einrichtung auch in den Ferien durchgehende Öffnungszeiten.

Die Kindertageseinrichtungen sind in der gesamten Stadt verteilt. Fast alle Stadtteile (abgesehen von Uffeln) verfügen über wohnungsnah gelegene Betreuungseinrichtungen. In Dörenthe gibt es nur eine Kindertageseinrichtung für zurzeit (2009/2010) 52 Kinder.

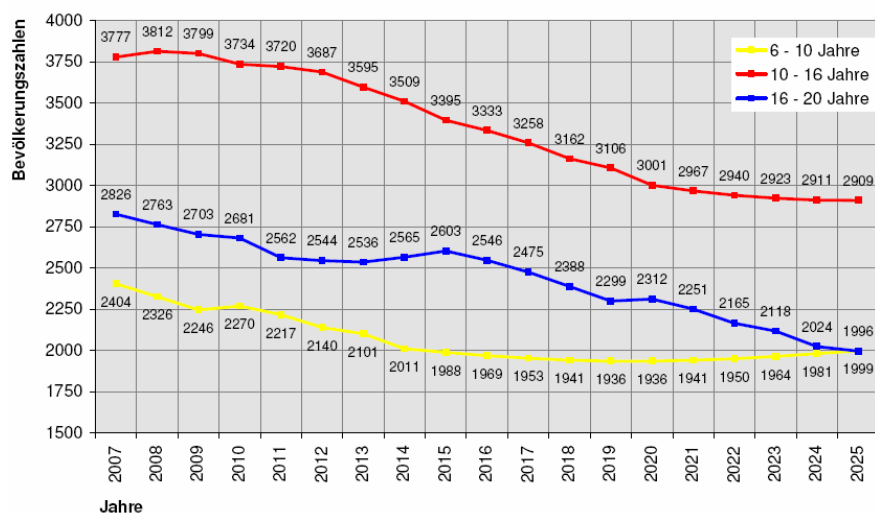
In Ibbenbüren liegt die Betreuungsquote der unter Dreijährigen bei rund 12%. Sie soll schrittweise bis 2013 auf 35% ausgebaut werden. 70% der unter Dreijährigen sollen dabei in Kindertageseinrichtungen und 30% in Kindertagespflege betreut werden (vgl. Jugendhilfeplanung 2010). Insbesondere im Bereich Innenstadt überstieg die Nachfrage nach Betreuungsplätzen für unter Dreijährige im Jahr 2009 das Angebot (vgl. Beschlussvorlage zum Jugendhilfeausschuss 10. März 2009).

Die Kitas in Ibbenbüren bieten unterschiedliche Betreuungszeiten an: Über 2/3 der Kindergartenkinder über drei Jahre (68,2%) sind für 35 Stunden / Woche angemeldet, 22,8% der Kinder für 45 Stunden. Unter den angemeldeten Zweijährigen (insges. 202 Kinder entspricht etwa 12% der Kinder) sollen 57,4% 35 Stunden, 24,8% 45 Stunden und 17,8% 25 Stunden betreut werden.

Allerdings konnten von den 202 angemeldeten Kindern unter drei Jahren im Jahr 2009 nur 136 Anmeldungen berücksichtigt werden (= 67,3%) und das obwohl grundsätzlich alle Träger bereit sind mehr Betreuung für unter Dreijährige anzubieten. Bislang gibt es in den Ibbenbürener Kindertageseinrichtungen nur eine Gruppe für unter Dreijährige (10 Kinder). Darüber hinaus werden zweijährige in altersgemischten Gruppen untergebracht. Alle anderen Kinder von ein bis drei Jahren werden in Tagespflege betreut. Bis zum Jahr 2013 fehlen ca. 12 Gruppen für unter Dreijährige in Ibbenbürener Tageseinrichtungen. Dazu besteht in allen Stadtteilen noch Platz- und Raumbedarf, vor allem aber im zentralen Bereich, wo die Nachfrage am höchsten ist (vgl. IVZ 16.06.2010).

Zur Verteilung der Betreuungsplätze werden jährlich regelmäßige Planungsgespräche mit den Trägern (Arbeitsgemeinschaft der freien Träger) im Rahmen der Jugendhilfeplanung durchgeführt. Die Kosten der Betreuung werden von Land und Bund bezuschusst.

Während die Zahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Ibbenbüren laut Bevölkerungsprognose in Zukunft stetig sinken wird, so bleibt die Zahl der Kinder voraussichtlich stabil. Bis 2015 wird ein leichter Rückgang der Kinder von sechs bis zehn Jahren erwartet, bis 2025 dann wieder ein leichter Anstieg auf das Niveau von 2009 (vgl. Grafik).



Entwicklung der Kinder und Jugendlichen (vgl. Bevölkerungsprognose der Stadt Ibbenbüren 2007)

Zurzeit wird für die jüngsten Kinder auf die Qualifizierung von Tagesmüttern gesetzt sowie auf den Ausbau vorhandener Kindertageseinrichtungen. Das Jugendamt wirbt für die Qualifizierung von neuen Tagesmüttern und das Fabi informiert dazu (vgl. Ibbenbüren.de 1.7.2010). Auch die Zeiten, die über die "normalen" Kindergartenzeiten hinweggehen, sollen durch private Tagespflege abgedeckt werden, da in den Kitas zeitliche und räumliche, vor allem aber personelle und organisatorische Kapazitäten, in den Einrichtungen begrenzt sind.

Die gesamte Koordination der Tagespflege wird beim Sozialdienst katholischer Frauen (skf) abgewickelt. Dort können sich Eltern in allen Fragen der Kindertagespflege beraten lassen und Tagesmütter oder an Tagespflege interessierte können Informationen zur Qualifizierung und Fortbildung erhalten. Kinder werden in geeignete Tagespflegefamilien vermittelt. Außerdem existiert dort eine Infobörse für Tagesmütter, die ein Betreuungsangebot suchen sowie für Eltern, die eine Tagesmutter suchen.

3. Analyse, Bewertung, Thesen

Die Stärken und Schwächen der Kindertagesbetreuung entsprechen den Vorgaben des KiBiz sowie der Situation im Kreis Steinfurt (vgl. Kreisentwicklungsplan S. 112): Das Angebot für die 3-6 jährigen ist flächendeckend und ausreichend. Es gibt eine große Vielfalt an Trägern und Bildungsangeboten sowie an Familienzentren. Auch das neue Frühwarnsystem für Probleme von Kindern durch Sozialarbeiter, die in Kindertageseinrichtungen und Schulen gehen und dort bei Bedarf Kontakt zu Eltern aufnehmen, ist vorbildlich (vgl. IVZ 29.04.2010).

Allerdings ist die Ganztagsbetreuung nicht ausreichend gesichert, insbesondere in den späten Nachmittagsstunden gibt es noch Defizite. Die Betreuung der unter Dreijährigen ist noch unzureichend. Die Nachfrage ist besonders im zentralen Bereich hoch. Dort hat etwa 1/3 der angemeldeten Kinder unter drei Jahren im Jahr 2009 keinen Betreuungsplatz in einer Einrichtung gefunden. Der Ausbau der Plätze für unter Dreijährige erfolgt nach den Vorgaben des Bundes (vgl. Vereinbarung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Betreuungsausbau 28.8.2007 in: www.erziehungstrends.de/Kinderbetreuung). Dem Ziel bis 2013 Betreuungsplätze für 35% der Kinder unter drei Jahren zu schaffen kann nicht allein durch die Ausbau der Tagespflege nachgekommen werden. Hierzu sind verschiedene Ansätze notwendig (s.u.). Die Perspektiven ab 2013 sind noch unklar, da die Nachfrage bis dahin möglicherweise 35% übersteigt.

Betriebliche Kindertageseinrichtungen oder ein besonderer Familienservice in Betrieben sind in Ibbenbüren nicht vorhanden. Dabei haben die meisten Unternehmen sehr gute Erfahrungen mit betrieblicher Kinderbetreuung gemacht, da die Motivation der Mitarbeiter gestiegen ist (94% bestä-

tigen die positive Auswirkung auf die Motivation der Beschäftigten) und sich familienbedingte Fehlzeiten deutlich verkürzt haben. Der Anreiz aus der Elternzeit zurückzukehren ist höher (vgl. Flyer zum Erfolgsfaktor Familie).

Stärken und Schwächen – Kinder, Jugend und Familie

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> es gibt ein flächendeckendes und ausreichendes Platzangebot zur Betreuung aller 3 bis 6-jährigen Kinder 	<ul style="list-style-type: none"> die Ganztagsbetreuung in Kindertageseinrichtungen in der Zeit von 7 bis 18 Uhr ist nicht in ausreichendem Maße gesichert, berufstätige Eltern haben hiermit Probleme
	<ul style="list-style-type: none"> die unter-3-jährigen Betreuung ist unzureichend
<ul style="list-style-type: none"> Kindertageseinrichtungen bieten ein breit gefächertes Bildungs- und Förderangebot 	
<ul style="list-style-type: none"> es gibt eine große Trägervielfalt bei Kindertageseinrichtungen 	
	<ul style="list-style-type: none"> Kinderbetreuung und Familienservice in den Betrieben fehlt (familienfreundliche Unternehmen)

Stärken und Schwächen im Bereich der Kinderbetreuung (aus: Kreisentwicklungsprogramm S. 112)

4. Ziele, Leitlinien

Die dezentrale Versorgung mit Kindertageseinrichtungen ist eine wichtige Stärke von Ibbenbüren, die auch beim Ausbau der Einrichtungen für unter Dreijährige bestehen bleiben sollte. Wichtig ist es auch in diesem Bereich wohnortnahe Angebote vorzuhalten. Darüber hinaus sollte beim Ausbau der Kinderbetreuung folgende Ziele verfolgt werden:

- Unterstützung neuer Betreuungseinrichtungen: Die Stadt kann bei der Vermittlung von Grundstücken oder Gebäuden für die Einrichtung neuer Gruppen (entweder bei vorhandenen Trägern oder in der Trägerschaft von Tagespflegepersonen oder Elternvereinen) tätig sein. Das Baulückenkataster (vgl. Oberziel 02) könnte auch hier hilfreich sein. Elternvereine und Tagespflegepersonen bedürfen darüber hinaus weitere Unterstützung hinsichtlich der rechtlichen Gestaltung der Tagespflege.
- Stärkung der betrieblichen Kinderbetreuung: Örtliche Betriebe müssen stärker in die Kindertagesbetreuung einbezogen werden: Entweder als Unterstützer oder als Gründer von Betriebskindergärten (vgl. Bremer Kraft Kids/ Kita Technologiepark). Dabei ist der familienfreundliche Betrieb nicht nur werbewirksam, sondern hilft auch gute Fachkräfte zu erhalten (vgl. www.erfolgsfaktor-familie.de). Eine Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung ist hier wichtig.
- Qualifizierung von Tagespflegepersonen: Der Ansatz der Qualifizierung von Tagespflegepersonen durch das Aktionsprogramm Kindertagespflege der EU sollte auch nach 2012 fortgeführt werden. Hier ist zu prüfen, welche Mittel zur Verfügung stehen, um das Angebot für unter Dreijährigen auch nach 2013 hinaus weiter auszubauen.
- Flexibilisierung der Betreuungszeiten: Es sollte geprüft werden, in welchen Einrichtungen flexible Betreuungszeiten möglich sind. Flexibilisierung bedeutet hier zum einen die flexible Buchung von Betreuungszeiten insbesondere für die unter Dreijährigen, denn häufig sind hier Teilzeitplätze gefragt, z.B. zwei oder drei Tage / Woche. Zum anderen bedeuten flexible Betreuungszeiten, die Ausdehnung der Betreuungsmöglichkeiten bei Bedarf auch über die "normale" Betreuungszeit von 8.00 bis 17.00 Uhr hinaus.

5. Maßnahmen

Vielfältige Unterstützung neuer Kleinkindgruppen

- Unterstützung von Elterninitiativen: Beratung bei der Vereinsgründung und weitgehende Unterstützung in allen Fragen (z.B. Bremen: Beratung durch Verbund Bremer Kindergruppen)
- finanzielle Unterstützung von Elterninitiativen gemäß eines Schlüssels
- Vermittlung von leer stehenden Gebäuden / Ladenlokalen / Einfamilienhäusern
- Unterstützung privater Träger oder Großtagespflegestellen durch Vermittlung von Grundstücken oder Hilfe bei der Vertragsgestaltung etc. (SkF als Koordination der Kindertagespflege)
- Fortsetzung der Qualifizierung von Tagespflegepersonen auch nach 2012

Akteure: FD Jugend und Familie , Träger, Elterninitiativen, Tagespflegepersonen	Zeitraum: 2012
	Priorität: hoch

Angebot flexiblerer Betreuungszeiten

- Einführung von Betreuungszeitkontingenten bzw. Platz-Sharing, insbesondere für die Kleinsten. (vgl. www.entdeckerhaus-bremen.de, Villa Sternenschiff in Berlin: Öffnungszeiten von morgens sechs bis abends sechs, bei Bedarf auch außerhalb dieser Zeiten; <http://detektor.fm/politik/flexible-betreuungszeiten-gute-nacht-geschichten-in-der-kita/> oder Kinder(t)raumhaus in Flensburg: www.kindertraumkind.de)
- Schaffung einer stadtweiten Notversorgung (z.B. Bremer Kids: www.familien-service-lernwelten.de/bremer-kids)
- Schaffung von Möglichkeiten für Beschäftigte mit besonders ungewöhnlichen Arbeitszeiten (z.B. Krankenhäuser), bei Bedarf auch Gründung von Betriebskindergarten (Förderung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend möglich (vgl. www.erfolgsfaktor-familie.de))

Akteure: Bündnis für Familie , Träger der Betreuungseinrichtungen, Krankenhausträger, FD Jugend und Familie	Zeitraum: 2012
	Priorität: hoch

Vermittlungsstelle für Kitaplätze auch im Internet

- Ausbau der existierenden Vermittlung des SkF mit Ortssuche und Babysitterdienst (z.B. www.kinder-regensburg.de; www.koeln.kinder-stadt.de; kinderbetreuung.region-stuttgart.de)
- Beratung bezüglich kurzfristiger Betreuungsmöglichkeiten für Eltern oder Betriebe
- Teilfinanzierung durch Unternehmen, wenn besondere Berücksichtigung von deren Mitarbeiter
- möglicherweise auch als kreisweites Projekt!

Akteure: Bündnis für Familie , Träger der Betreuungseinrichtungen, FD Jugend und Familie	Zeitraum: 2012
	Priorität: mittel



13. In allen Stadtteilen sollen mehr an die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen angepasste Spiel- und Aufenthaltsräume sowie Treffpunkte angeboten werden!

1. Anlass, Relevanz, Problemstellung

In vielen Gemeinden stellen Treffpunkte für Jugendliche im öffentlichen Raum ein Problem dar: Entweder gibt es keine speziellen Treffpunkte oder vorhandene Treffpunkte werden häufig beschädigt oder beschmiert oder Anwohner fühlen sich von Ihnen gestört. Jugendliche sind in Gruppen meistens laut und wollen sich bemerkbar machen. Insbesondere Jugendliche, die nicht intensiv in Vereine oder Kirchengemeinden eingebunden sind, brauchen Räume, die sie sich aneignen können, die sie selber gestalten können. So steht denn in der Regel auch die Schaffung von Freizeittflächen und Treffpunkten in den meisten Gemeinden an erster Stelle der jugendlichen Prioritäten (vgl. Ministerium für Bildung 2006).

Sie brauchen aber auch Räume, die ihnen Anregungen oder Aktionsmöglichkeiten bieten, daher suchen Jugendliche gerne die Stadtzentren auf, denn dort finden sie ein für sie interessanteres auch kommerzielles Angebot (vgl. auch May 2006).

Nicht nur Jugendliche, sondern auch Kinder stoßen zunehmend auf Konflikte im öffentlichen und privaten Raum. In vielen Städten beklagen Nachbarn oder Anwohner den Lärm von Spiel- oder Sportplätzen sowie von Kindertageseinrichtungen. Zurzeit gilt Kinderlärm noch als "schädliche Umwelteinwirkung" im Sinne des Immissionsschutzrechts und nicht als "Zukunftsmusik".

Doch erste Initiativen sind bereits erkennbar: So hat man in Berlin als erstem Bundesland das Landesimmissionsschutzgesetz dahin gehend geändert, dass Kinderlärm als "privilegiert" gilt, das bedeutet, dass von Kindern verursachte Geräusche in Zukunft "auch juristisch als sozial adäquat und damit zumutbar" beurteilt werden (vgl. Welt online 17.02.2010). Auf Bundesebene sind ebenfalls Änderungen der Musterbauordnungen sowie des Immissionsschutzgesetzes in Gange, die Kinderlärm von anderem Lärm (z.B. Gewerbe- oder Straßenlärm) unterscheiden.

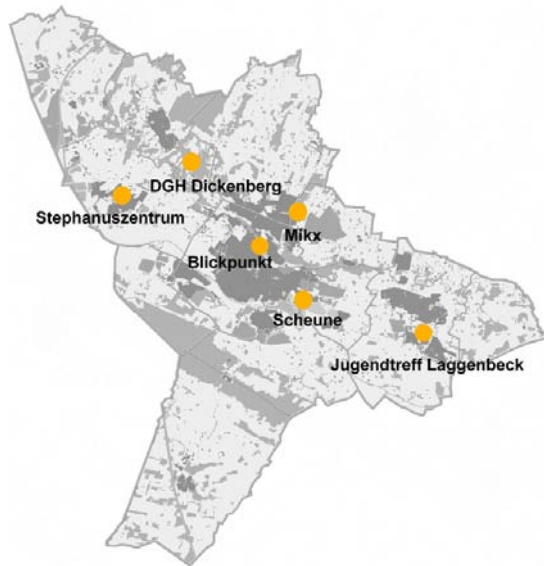
Gleichzeitig treffen Kinder zunehmend auf erschwerte Bedingungen im öffentlichen Raum, durch mehr Verkehr auf den Straßen sowie weniger Frei- und Naturräume. Es fehlen zeitgemäße Orte zum Spielen. Häufig ist das Spiel auf wenige Flächen beschränkt, auf denen die Spielfunktion vordefiniert ist. Die DIN-Norm war lange Zeit das rahmengebende Instrumentarium. Erst in den letzten Jahren hat das Kinderspiel eine veränderte Wahrnehmung erfahren: Neue Spielräume entstehen zunehmend auch als Erlebnisräume in naturnahem Umfeld (z.B. auch Brachen). Die Wahrnehmung mit allen Sinnen steht im Vordergrund. Monofunktionale Spielgeräte (Rutsche, Schaukel, Klettergerüst) werden durch multifunktionale Spielbereiche ersetzt.

2. Situationsbeschreibung

Jugendliche

Im Jahr 2006 gab es einen Beschluss zum Konzept der Jugendeinrichtungen, in dem die dezentrale Grundversorgung aller Stadtteile beschlossen wurde. Abgesehen von Dörenthe und Uffeln sollten alle Stadtteile eine Jugendeinrichtung erhalten, um die Jugendlichen an ihren Wohnorten zu erreichen und die zeitweise aufgetretenen Konflikte mit Jugendlichen in der Innenstadt zu entschärfen. Daraus resultieren die aktuell sechs Jugendeinrichtungen, die unterschiedliche Zielgruppen haben und unterschiedliche Träger (drei städtisch, zwei evangelisch, eine katholisch). In den meisten Ju-

Jugendeinrichtungen treffen sich Schülerinnen und Schüler der Hauptschulen; rund 40% der Jugendlichen haben einen Migrationshintergrund.



Jugendeinrichtungen in Ibbenbüren

Darüber hinaus wurden im Rahmen des Konzeptes zu Jugendeinrichtungen in den Jahren 2006 / 2007 vier Jugendhütten für Jugendliche aufgestellt. Seither wurden zwei davon wieder abgebaut, da es trotz gelegentlicher Streetworkerbesuche in der Umgebung zu Problemen kam (Vandalismus, unkontrollierte Graffiti, Konflikte der Jugendlichen untereinander, Lärm). Zwei blieben bestehen oder wurden regelmäßig erneuert (eine am Aasee; diese dient auch als Regenunterstand, und eine am Wittenbrink).

Darüber hinaus gibt es noch zwei Skateranlagen in Ibbenbüren: eine etwas größere am Aasee, in Verbindung mit einer Sprayerwand und einem Beachvolleyballfeld sowie eine kleine in Dickenberg (Erikastraße). Letztere ist jedoch aufgrund eines Schallgutachtens in ihren Nutzungszeiten so stark eingeschränkt, dass die Anlage kaum durch Jugendliche genutzt wird. Darüber hinaus schätzen die Jugendlichen in Ibbenbüren insbesondere die gute Auswahl an Sportmöglichkeiten, die innerstädtischen Angebote sowie die vorhandenen Jugendtreffs. Insgesamt bewerteten die Jugendlichen Ibbenbüren als tendenziell positiv für Jugendliche (vgl. Protokoll zum Jugendworkshop am 18.05.2010).

Gegenwärtig wird die Errichtung einer Dirt-Bike-Anlage am Aasee diskutiert, jedoch ist die Verkehrssicherungsfrage noch ungeklärt. Von den vorhandenen Trägern findet sich niemand, der bereit ist, diese Verantwortung zu übernehmen, daher wird zurzeit nach einem privaten Investor gesucht.



Angebote für Kinder und Jugendliche in Ibbenbüren

In Ibbenbüren gibt es zurzeit ca. 90 öffentliche Kinderspielplätze. Alle Stadtteile sind mit Spielplätzen versorgt. Alle Spielplätze (sowie die Skateranlagen) sind nach Stadtteilen geordnet mit Bild und Beschreibung im Internet präsent (vgl.

www.ibbenbueren.de/staticsite/staticsite.php?topmenu=961&menuid=949). Sie werden unterschieden in

- einfache Kleinkinderspielplätze für Kinder unter sechs Jahren mit Sandkasten, Rutsche und Schaukel,
- allgemeine Spielplätze für Kinder und Jugendliche, mit vielseitigen Spielangeboten für alle Altersgruppen sowie in
- Spielplätze für ältere Kinder und Jugendliche, geeignet für Kinder und Jugendliche ab 12 Jahre. Gemeint sind damit z.B. Ball- oder Tischtennispielbereiche, Bereiche zum Skaten oder BMX-Rad-fahren.

Viele Spielplätze sind monofunktional und teilweise unbeschattet.

Im Internet gibt es die Möglichkeit, die Spielplätze zu bewerten und Anregungen, Beschwerden oder Kritik loszuwerden. Die Mitteilungen werden dann an den Ibbenbürener Bau- und Servicebetrieb weiter gereicht. Wie wird das angenommen und wie wird damit umgegangen? Der Bau- und Servicebetrieb verfügt über eine Übersicht über die in der Umgebung der Spielplätze lebenden Kinder und legt die Erhaltungsprioritäten auf Spielplätze in Siedlungsgebieten mit vielen Kindern. Nicht mehr benötigte Spielplätze werden zurück gebaut.

In Neubaugebieten werden Kinderspielplätze gemeinsam mit den Anwohnern (Eltern und Kindern) entwickelt. Auch der Bau eines Wasserspielplatzes am Aasee wird gemeinsam von Eltern und dem Bündnis für Familie koordiniert und durch private Spenden unterstützt.

Insgesamt besitzen Angebote für Kinder und Jugendliche eine hohe Relevanz bei den Ibbenbürener: So wurde der Wunsch nach mehr und besser ausgestatteten Kinderspielplätzen sowie Treffpunkten für Jugendlichen in allen Bürgerwerkstätten genannt. In der Bürgerbefragung nach den wichtigsten Oberzielen ist dieser Wunsch denn auch einer der Spitzenreiter: 96 % der Befragten halten "mehr Angebote für Kinder und Jugendliche in allen Stadtteilen" für besonders wichtig oder wichtig.

Folgende Aspekte wurden in den Bürgerwerkstätten von den Erwachsenen bezüglich der Treffpunkte und Räume für Kinder- und Jugend bemängelt:

- In der Innenstadt fehlen Spielangebote, insbesondere in den zentralen Einkaufsbereichen.
- Der Heldermannpark verfügt nur über geringe Aufenthaltsqualitäten und gilt unter Jugendlichen als "Pennerpark".
- In Laggenbeck fehlen Angebote für ältere Kinder, z.B. eine Skterbahn etc. sowie offene Treffpunkte, ebenso im Fisbecker Forst.
- In Püsselbüren fehlt ein offener Jugendtreff (Anmerkung: es gibt das Stephanuszentrum der evangelischen Kirche, das jedoch offenbar nicht von allen wahrgenommen wird).
- In Dörenthe wird der Zustand des Spielplatzes bemängelt und ein neuer Spielplatz gewünscht.
- In Uffeln werden Angebote für Jugendliche gewünscht.

Und auch die Jugendlichen hatten zahlreiche Wünsche hinsichtlich ihrer Aufenthaltsorte (vgl. auch Protokoll Jugendwerkstatt 18.05.2010):

- Das Image der Scheune muss verbessert werden, wozu ein zentraler Standort sicherlich beitragen würde.
- Die Jugendeinrichtungen erfahren zu wenig Unterstützung durch die Politik.
- Kirchliche Angebote für Jugendliche sollten verbessert werden: Zum einen werden kirchliche Jugendtreffs von der Stadt kaum unterstützt oder beworben, zum anderen sind einige

Angebote der Kirchen zu verbindlich und die Kirchen selber gehen kaum auf die Jugendlichen zu.

- Es gibt keinen öffentlichen Fußballplatz zur spontanen Nutzung (beim vorhandenen sind die Tore angekettet).
- In Laggenbeck fehlen offene Angebote für jüngere Kinder unter 12; außerdem fehlen im Jugendtreff verschiedene Dinge (Mehrzweckraum, Grün, Sitzecke, Kurse).
- In Püßelbüren sind Spielplätze (auf denen sich auch Jugendliche aufhalten) ungepflegt.
- In Dickenberg gibt es keinen Treffpunkt im öffentlichen Raum für Jugendliche: Auf dem Bolzplatz der Sonnenscheinsiedlung bestehen Konflikte zwischen Kindern und Jugendlichen, die Unterführung Rheiner Straße ist verschmutzt und dunkel.

3. Analyse, Bewertung, Thesen

Auf den ersten Blick erscheint die Versorgung mit Spielplätzen und Treffpunkten für Jugendlichen in Ibbenbüren ausreichend. Auch in der Innenstadt sind Spielmöglichkeiten vorhanden (Klemensplatz und Heldermannpark). Über das Internet eröffnet sich allen Ibbenbürener Bürgern eine gute Beteiligungsmöglichkeit hinsichtlich ihrer Wünsche und Anregungen zu den Spielplätzen. Darüber hinaus sind offene Jugendtreffpunkte in allen größeren Stadtteilen vorhanden.

Die Träger der Jugendarbeit kooperieren miteinander und sind im Stadtjugendring vertreten, eine Interessenvertretung, die sich regelmäßig trifft und im Jugendhilfeplanungsprozess beteiligt ist.

Dennoch besteht in der Bevölkerung offenbar die Wahrnehmung, dass das Angebot für Kinder und Jugendliche unzureichend ist. In allen Bürgerwerkstätten war die mangelnde Versorgung mit Angeboten für Kinder und Jugendliche in der Innenstadt und in den Stadtteilen ein Thema.

Der genaue Grund dieses Auseinanderklaffens von Angebot und Wahrnehmung scheint an folgenden Faktoren zu liegen:

Kinder

- Die Spielplätze in der Innenstadt liegen am Rand des Zentrums, an nicht besonders stark frequentierten Orten. Der Heldermannpark wird sogar von vielen als besonders ungepflegt und unattraktiv gesehen. Spielangebote in der Fußgängerzone sind nicht vorhanden.
- Einige Spielplätze sind nicht mehr auf dem aktuellen Stand. Sie sind teilweise monofunktional und ermöglichen kaum vielfältige Spielmöglichkeiten. Innovative Spielräume, die die Wahrnehmung mit allen Sinnen erlauben, wie der Wasserspielplatz am Aasee, werden nicht von der Stadt initiiert, sondern vom Bündnis für Familie.
- Die vorbildliche Beteiligungsmöglichkeit bezogen auf die Spielplätze über das Internet ist vermutlich vielen nicht bekannt. Hier wäre eine intensivere Pressearbeit notwendig.
- Bei den vorhandenen Spielplätzen scheint es sich eher um Spielplätze für eine bestimmte Zielgruppe zu handeln und weniger um Treff- und Aufenthaltsorte für die ganze Familie. Insbesondere für neu zugezogene Familien können Spielplätze wichtige Kommunikationsorte darstellen. Doch auch in Gebieten, in denen Generationswechsel stattfinden, gewinnen möglicherweise alte Spielplätze wieder an Bedeutung.

Jugendliche

- Die Jugendlichen erfahren zu wenig Unterstützung. Die Jugendlichen von der Scheune wünschen sich eine intensivere Zusammenarbeit mit der Stadt und dem Stadtmarketing. Die Jugendlichen aus den Jugendeinrichtungen wünschen sich oftmals eine bessere Ausstattung und haben eigene Gestaltungsideen.

- Trotz der Kooperation der Jugendorganisationen im Stadtjugendring scheint die Kooperation zwischen Kirchen und anderen Einrichtungen noch verbesserungswürdig. Der Jugendtreff in Püsselbüren ist nicht allen bekannt. Die Internetseite des Stadtjugendrings wirkt verwaist.
- Die Angebote der Jugendeinrichtungen scheinen nicht immer optimal auf den Bedarf abgestimmt: Insbesondere in Laggenbeck gibt es widersprüchliche Auffassungen und den Angeboten: Während die Erwachsenen Angebote für ältere Kinder vermissen, wünschen sich die Jugendlichen mehr offene Angebote für jüngere Kinder.

4. Ziele, Leitlinien

Kinder- und Jugendarbeit besteht zu einem wesentlichen Teil aus Kommunikation. Diese gilt es, trotz der bereits sehr guten Ansätze noch zu verbessern:

Die Jugendeinrichtungen und Kirchen sowie andere Jugendorganisationen (z.B. auch Sportvereine) sollten innerhalb der Stadtteile noch stärker versuchen, ihre Angebote aufeinander abzustimmen.

Die Kommunikation mit den Jugendlichen, die im Stadtentwicklungsprogramm bereits begonnen wurde, ist fortzusetzen. Jugendliche sind hinsichtlich ihrer Wünsche ernst zu nehmen und zu unterstützen. Treffpunkte sind gemeinsam mit den Jugendlichen zu verbessern oder zu entwickeln (vgl. auch Oberziel 15). Sie müssen nicht dauerhaft angelegt sein, sondern können auch für einen Zeitraum von zehn Jahren geplant sein, denn möglicherweise haben die Jugendlichen in Zukunft andere Vorstellungen. Die Jugendlichen können auf diese Weise selbst zum Funktionieren ihrer Treffpunkte beitragen.

Auch im Bereich Kinderspielplätze ist eine Verbesserung der Kommunikation sinnvoll: Insbesondere sollte das gute Beteiligungsverfahren im Internet einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Die Vorschläge der Bürger sind ernst zu nehmen und eine Rückmeldung ist erforderlich (ähnlich der Rückmeldung im Kinder- und Jugendforum Vegesack, vgl. Oberziel 15).

Hinsichtlich der Spielplätze ist darüber hinaus zu überlegen, ob Schwerpunkte oder generationenübergreifende Spielplätze sinnvoll sind. Insbesondere die Innenstadt oder der Aasee scheinen für den Standort eines generationsübergreifenden Spielplatzes sehr gut geeignet.

5. Maßnahmen

Jugendliche

Stadtteilbezogene Entwicklung der Jugendarbeit

- Abstimmung der Angebote in den Stadtteilen zwischen Jugendeinrichtungen, Kirchen und Sportvereinen z.B. innerhalb des Stadtjugendrings
- Beteiligung der Jugendlichen bei der Entwicklung neuer Angebote bzw. bei der Umgestaltung von Einrichtungen
- Entwicklung von niedrighschwelligen, auch temporär angelegten Treffpunkten gemeinsam mit den Jugendlichen (z.B. Gotha: Jugendtreff "Chill Out": Nutzung von Kindern und Jugendlichen als Treffpunkt sowie zum Skaten und BMX-Fahren; in: BMVBS 2008)
- Ansprache auch anderer Zielgruppen in Laggenbeck (Offene Jugendarbeit für die Älteren)
- Etablierung von Cliquentreffs für Jugendliche (Good-Practice-Bsp. Witten), dort, wo sich die Jugendlichen aufhalten; Übernahme von Verantwortung durch die Jugendlichen; Mischung aus aufsuchender Jugendsozialarbeit und Freizeitpädagogik; Vernetzung mit anderen Cliquentreffs in anderen Stadtteilen (vgl. www.klickit-witten.de).
- Prüfung der Entwicklung einer Dirt-Bike-Anlage gemeinsam mit Jugendlichen und Suche nach einem privaten Träger der Anlage, Unterstützung vorhandener Initiativen

Akteure: FD Jugend und Soziale , Kirchengemeinden, Träger der Jugendarbeit, private Initiativen	Zeitraum: 2012
	Priorität: hoch

Kinder und Senioren

Entwicklung eines Mehrgenerationenspielplatzes

- Sinnvolle Standorte: Heldermannpark, Aasee, zwischen den Krankenhäusern
- Betreuungsservice und Spielgeräteverleih (z.B. Koggensspielplatz: Adolf-Reichwein-Platz Os-nabrück)
- Beteiligung der Nutzer bei der Planung und beim Bau (Seniorenbeirat und Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern)
- Gute Beispiele in www.zukunft-finden.de, „Thema Seniorenspielplätze“ (hier sind auch Mehrgenerationenspielplätze aufgeführt)
- Bei Erfolg auch Entwicklung in vorhandenen Siedlungsbereichen (z.B. Westvorstadt)

Akteure: Seniorenbeirat , Stadtplanung, FD Jugend und Familie, Senioren, Familien	Zeitraum: 2012
	Priorität: hoch

Spielplätze als Treffpunkte ausbauen

- Alternative a) Recherchen, wo vermehrt Familien leben oder hinziehen und dort Schwerpunkt(treff)punkte bilden oder
- Alternative b) Spilleitplanung; Betrachtung der Spiel- und Aufenthaltsräume für Kinder und Jugendliche unter qualitativen und Nutzungsaspekten
- Kooperation mit den Nutzern durch Beteiligung an der Planung und Eigenleistung
- Öffentlichkeitsarbeit für die Homepage des Ibbenbürener Bau- und Servicebetriebes.

Akteure: FD Jugend und Familie , Bau- und Servicebetrieb, Stadtplanung, Bewohnerinnen und Bewohner inkl. Kinder, Seniorenbeirat	Zeitraum: 2020
	Priorität: mittel



14. Die vielfältigen Angebote für Familien in der Stadt sollen noch stärker gemeinsam kommuniziert werden!

1. Anlass, Relevanz, Problemstellung

Im Zuge des demografischen Wandels gewinnt die Kinder- und Familienfreundlichkeit als Leitziel einer nachhaltigen Stadtentwicklung an Relevanz – auch im interkommunalen Wettbewerb. Zahlreiche Städte profilieren sich in diesem Zusammenhang durch vielfältige Maßnahmen, die vom Wohnen und Wohnumfeld sowie Bildungs- und Betreuungsangeboten über Sport-, Kultur- und Freizeit bis hin zu gesundheitlicher Versorgung und Beratungsmöglichkeiten reichen.

Lokale Bündnisse für Familien und Familienzentren als Netzwerke sind hierbei von großer Bedeutung für eine nachhaltige Familienpolitik und die Entwicklung und Umsetzung von konkreten Maßnahmen für eine kinder- und familiengerechte Gesellschaft. Sie fördern u.a. die Betreuung von Kindern, schaffen Angebote zur Vereinbarung von Beruf und Betreuung oder stärken generell das lokale Bürgerengagement. Wesentlich dabei ist, dass diese vielfältigen Aktivitäten von einer sinnvollen Öffentlichkeitsarbeit flankiert werden, um auch in der Bevölkerung wahrgenommen zu werden.

2. Situationsbeschreibung

Auch in Ibbenbüren gibt es zahlreiche freiwillige und professionelle Akteure, die sich mit der Entwicklung der Familienfreundlichkeit der Stadt befassen. Zentrale Institutionen sind die lokalen Familienzentren (vgl. Kap. 13) und das Bündnis für Familie.

Das Familienzentrum St. Ludwig wurde 2006 als Pilotprojekt im Rahmen des Landesprogramms "Familienzentrum Nordrhein-Westfalen" initiiert und hält neben seinem originären Auftrag als Kindertageseinrichtung verschiedene Angebote für Familien vor, wie z.B. Elternbildung, Elternberatung, Sprachförderung oder generationenübergreifende Begegnungen. Ebenso stellen die zwei Familienzentren in freier Trägerschaft (Kinderland GmbH) Angebote zur Förderung und Unterstützung von Kindern und Familien in unterschiedlichen Lebenslagen bereit und stellen damit eine wichtige Anlaufstelle für Familien dar.

Das lokale Bündnis für Familie wurde 2005 gegründet und hat den Auftrag, die Lebensbedingungen von Familien in Ibbenbüren zu fördern. Zahlreiche Institutionen im Bereich der Familienarbeit sind dort vertreten. Es leistet grundlegende Austausch- und Vernetzungsfunktion von vorhandenen Familienangeboten und hat dafür das sog. "interaktive Familienhandbuch Ibbenbüren" eingerichtet, mit dem man sich über Hilfe, Unterstützung und sonstige Angebote informieren kann.

Darüber hinaus gibt es zahlreiche Projekte in verschiedenen Einrichtungen zur Bildung, Erziehung und Betreuung, die kontinuierlich weiter entwickelt werden (z.B. in der Familienbildungsstätte (Fabi), im Begegnungszentrum für Ausländer, in den verschiedenen Jugendeinrichtungen, in der Musikschule oder in der Volkshochschule). Viele Einrichtungen sind bereits miteinander oder im Rahmen des Bündnisses für Familie vernetzt. Beispielsweise sind die Familienzentren seit 2008 im Arbeitskreis Familienzentren vernetzt, um gemeinsam Zielsetzungen, Projekte und Profile aufeinander abzustimmen.

3. Analyse, Bewertung, Thesen

Trotz der bereits vorhandenen Kooperation verschiedener Träger von Familienangeboten und der guten Arbeit des Bündnisses von Familien gibt es in Ibbenbüren ein Defizit hinsichtlich der Kommunikation der Angebote. Die Öffentlichkeitsarbeit und Informationsmöglichkeiten sind relativ unübersichtlich und uneinheitlich, so dass insbesondere die Inanspruchnahme von Beratungs- und Förderleistungen erschwert wird.

Interaktive Beratungsangebote wie das Familienhandbuch müssen laufend aktualisiert und gepflegt werden, um eine andauernde Vernetzungs- und Informationsfunktion zu erfüllen. Aktuell umfasst das interaktive Familienhandbuch nur einen Teil der Anbieter, so dass Informationen nicht zu allen Aktivitäten und Angeboten für Familien bereitgestellt werden.

4. Ziele, Leitlinien

Die bereits vorhandenen, vielfältigen Angebote für Familien in Ibbenbüren sollen zukünftig noch stärker gemeinsam kommuniziert werden. Vorhandene Institutionen wie z.B. die Familienzentren und das Bündnis für Familie können dabei zentrale Funktionen übernehmen und dazu beitragen, die Anbieter besser zu vernetzen und die Stadt noch familienfreundlicher zu gestalten. Die Durchführung einer Evaluation mit interessierten Familien kann dabei helfen, die Öffentlichkeitsarbeit und Informationsangebote an wirkliche Bedürfnisse auszurichten und anzupassen.

5. Maßnahmen

Verbesserung der Informationsgrundlage zu Angeboten für Familien

- Integration der Familienangebote in den ibb-Tipp (erscheint monatlich)
- Entwicklung eines Flyers zu allen Familienzentren (z.B. Lingen, vgl. www.lingen.de/pdf_files/familie/familieimzentrum-BZgesamt.pdf)
- Aktualisierung des Familienhandbuches durch die Träger (Stärkung der Internetplattform; Code-Zugang für die Träger)
- Suche von Sponsoren für die Familienbeilage und für die Aktualisierung des Familienhandbuchs
- Öffentlichkeitsarbeit bei den Trägern für das Familienhandbuch

Akteure: Bündnis für Familie , Träger, insbes. Familienzentren, Sponsoren, Presse	Zeitraum: 2012
	Priorität: mittel

Verbesserung der Vergünstigung für Familien - Familienpass

- Entwicklung eines Familienpasses auf Kreisebene (vgl. www.familienpass-bamberg.de: Er bietet Ermäßigungen und Gutscheine in Form von Coupons, sowie Wissenswertes zu allen teilnehmenden Einrichtungen)

Akteure: Kreis , beteiligten Unternehmen und Institutionen	Zeitraum: 2020
	Priorität: gering



15. Kinder und Jugendliche wissen selbst am besten, was sie brauchen und sind kontinuierlich an Planungen zu beteiligen!

1. Anlass, Relevanz, Problemstellung

Kinder und Jugendliche sind fast immer von politischen Entscheidungen betroffen, die sie jedoch häufig nicht beeinflussen können. Eine stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen kann Planungs- und Entscheidungsprozesse bereichern und verschafft den Kindern und Jugendlichen gleichzeitig die Möglichkeit, demokratische Spielregeln zu erlernen. Sie erfahren durch Beteiligung Anerkennung und haben die Möglichkeit ihre Persönlichkeit weiter zu entwickeln, sofern ihre Argumente ernst genommen und berücksichtigt werden.

Auch in der Politik ist es mittlerweile "unbestritten, dass Kinder und Jugendliche als Trägerinnen und Träger eigener Rechte anerkannt und als Expertinnen und Experten in eigener Sache ernst zu nehmen sind. Sie haben ein Recht auf Mitgestaltung und Mitbestimmung, gerade dort, wo es um die Entwicklung von Städten und Gemeinden geht, die ihre Lebenswelt darstellen. Es ist daher eine wichtige kommunalpolitische Aufgabe und Herausforderung, kreative Formen zu finden, junge Menschen nachhaltig an der Stadt- bzw. Dorfentwicklung zu beteiligen." (vgl. Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz 2008).

Dabei verfügen bereits zahlreiche Städte und Gemeinden (79,4 % der Befragten, vgl. Bertelsmann Stiftung 2005) über Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche oder sogar über institutionalisierte Interessenvertretungen. Fast die Hälfte der Befragten (44,1%) hat eine(n) hauptamtliche(n) Beauftragte(n) für Kinder und Jugendliche angestellt. Größere Städte, die in der Regel stärker mit sozialen Problemen belastet sind, verfügen über tendenziell mehr Angebote zur Kinder- und Jugendbeteiligung (vgl. Bertelsmann Stiftung 2005).

Überwiegend werden Kinder und Jugendliche durch Projekte beteiligt, etwa gleich gefolgt von Kinder- und Jugendparlamenten oder Foren für Kinder und Jugendliche (vgl. Abb.).

	Anzahl Kommunen	Prozent
Projektarbeit für Kinder und Jugendliche	374	66,3%
Parlament für Kinder und Jugendliche	140	24,8%
Forum für Kinder und Jugendliche	132	23,4%
"Runde Tische" für Kinder und Jugendliche	69	12,2%
Stadtteilrat für Kinder und Jugendliche	31	5,5%
Beteiligungsangebote aus anderer Trägerschaft	179	31,7%

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2005, S.9

Trotz der vielfältigen Beteiligungsangebote wird festgestellt, dass Kinder und Jugendliche an ihrem Wohnort nur selten mitentscheiden, "was die Kommunen an Beteiligungsmöglichkeiten anbieten, wird relativ wenig genutzt. (vgl. Bertelsmannstiftung 2005, S.44). Dies liegt vor allem daran, dass den Kindern und Jugendlichen das Interesse am Thema sowie das Vertrauen zu den Politikern fehlt. Dazu fühlen sich sehr viele über die Beteiligungsmöglichkeiten in der Kommune nur unzureichend informiert.

So liegen die Einschätzungen der Kinder- und Jugendlichen gegenüber den Kommunalverwaltungen weit auseinander. Denn letztere meinen, das Beteiligungsangebot würde gut genutzt, während erstere die Einschätzung haben, dass sie nur sehr selten im kommunalen Rahmen partizipieren.

Insgesamt stellen alle Studien zur Mitwirkungsbereitschaft von Jugendlichen, dass ein großer Teil der befragten Jugendlichen zu einer stärkeren Mitwirkung bereit ist, wenn sie über angemessene Rahmenbedingungen verfügen fest (vgl. Bertelsmann Stiftung 2005, Shell-Studie 2006, Oberziel 17).

2. Situationsbeschreibung

In Ibbenbüren gibt es keine institutionalisierte, kontinuierliche Form der kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung in Form eines Parlamentes, eines Forums, runden Tisches oder einer Jugendsprechstunde. Es gibt auch keine(n) formale(n) Beauftragte(n) für Kinder- oder Jugendbelange, wenngleich die Mitarbeiterinnen des Fachdienstes Jugend und Familie sich für die Kinder- und Jugendbelange einsetzen und bei Bedarf Kinder- und Jugendbeteiligungsprojekte durchführen: So werden neue Spielplätze in Neubaugebieten unter Beteiligung der anwohnenden Eltern und Kinder gebaut. Aktuell wird ein Kinderstadtplan gemeinsam mit Kindern und Eltern erstellt. Auch Projekte für Jugendliche werden unter Beteiligung von Jugendlichen realisiert, wie z.B. die Skateranlage oder Sprayerwand am Aasee.

Im Jugendkulturzentrum Scheune findet eine Art der institutionalisierten Jugendarbeit statt. Hier arbeiten zurzeit ca. 70 Jugendliche intensiv an der Gestaltung ihrer Freizeit: Sie übernehmen die Organisation und Begleitung von Musikveranstaltungen, Kursen und gestalten das Musik-, Kunst- und Workshopprogramm der Scheune mit. Der "Jugendrat" der Scheune setzt sich für ihre Belange ein und vertritt die vielen ehrenamtlichen Jugendlichen nach außen, beispielsweise bei der Diskussion um einen neuen Standort.

Ferner fand im Rahmen der Erarbeitung dieses Stadtentwicklungsprogramms ein Jugendworkshop statt, in dem die Jugendlichen Vor- und Nachteile ihrer Stadt diskutierten und Ideen entwickelten.

Deutlich wurde, dass sich insbesondere die Jugendlichen von der Scheune eine weiter gehende Beteiligung und Einbeziehung sowie eine stetige Unterstützung durch die Stadt wünschen, zum einen damit die Scheune ihr "Punk"-Image verliert, zum anderen damit sie sich auch räumlich weiter entwickeln und positiv verändern kann.

3. Analyse, Bewertung, Thesen

Die Kinder- und Jugendbeteiligung in Ibbenbüren entspricht dem, was in der Mehrzahl der deutschen Städte vorherrscht: Abgesehen von dem Jugendrat in der Scheune handelt es sich um eine projektbezogene, temporäre Beteiligung bei Belangen von Kindern und Jugendlichen. Eine regelmäßige Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Ibbenbüren gibt es nicht. Es erscheint daher sinnvoll, auch in Ibbenbüren eine kontinuierliche Kinder- und Jugendbeteiligung zu etablieren, die folgende Voraussetzungen beachten sollte (vgl. hierzu auch Workshop im Rahmen der Leitbildentwicklung Bremen 2010):

- Kinder und Jugendliche müssen ernst genommen werden,
- Beteiligung braucht Ressourcen: Geld, Zeit, Professionalität und Kontinuität sowie gute Gelegenheiten
- kontinuierliche Beteiligung ist Beziehungsarbeit und hängt stark an Personen
- Es muss ein konkreter Veränderungswille bei den Jugendlichen bestehen
- die zwischen 10-13 jährigen sind besonders gut zu erreichen
- Beteiligung ist erfolgreiche Kommunikation: Kinder und Jugendliche, die bereits positive Erfahrungen mit Beteiligungsprozessen z.B. in der Schule oder Vereinen gemacht haben, sind eher bereit sich weiterhin zu beteiligen

- die Beteiligung muss ergebnisorientiert sein und sichtbare sowie möglichst zeitnahe Erfolge bieten

Letztlich müssen die Beteiligungsform sowie die Projekte an der Lebenswelt der Jugendlichen anknüpfen. Für Jugendliche ist es von "zentraler Bedeutung, an konkreten Inhalten und Zielen Arbeiten zu können. Der projektorientierte Ansatz stellt einen wichtigen Beitrag zur kontinuierlichen Arbeit von Jugendgremien dar." (vgl. Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz 2008).

Es macht daher nicht unbedingt Sinn, institutionalisierte Formen der Beteiligung aus der Politik eins zu eins auf Kinder und Jugendliche zu übertragen. Insbesondere formalisierte Beteiligungsverfahren wie Jugendparlamente haben häufig das Problem kontinuierlich Nachwuchs zu finden. Jugendliche sind häufig nur eine kürzere Zeit und innerhalb ihrer Gruppen engagiert. Die Fluktuation ist gerade unter älteren Jugendlichen hoch. Wenn dazu dann noch die Erwachsenen nicht ausreichend sensibilisiert sind, kann aus der Beteiligungsfreude Frust werden. Daher sollten bei der Etablierung dauerhafter Strukturen immer auch klare Projekte formuliert werden.

4. Ziele, Leitlinien

Eine dauerhafte Etablierung eines Jugendparlamentes, das durch Wahlen legitimiert ist, kostet die betreuenden Akteure, z.B. Stadt oder Leiter von Jugendeinrichtungen besondere Ressourcen und verlangt von den Jugendlichen viel organisatorische und inhaltliche Arbeit (vgl. auch Jugendparlament Wunstorf). Ohne außergewöhnlichen kontinuierlichen Einsatz ist die Gefahr groß, dass ein solches Parlament bald wieder "einschläft".

Hingegen erscheint in Ibbenbüren die Etablierung einer Art von Jugendbeteiligung sinnvoll, die weniger formalisiert ist und an die vorhandenen Beteiligungsformen anknüpft, z.B. an den Jugendbeirat der Scheune: Ein solches "Jugendforum" unterliegt keinen demokratischen Wahlen und ist offen für alle. Es könnte regelmäßig in das Verfahren Jugendhilfeplanung eingebunden werden, das alle 5 Jahre stattfindet.

Das "Jugendforum" kann in allen politischen Entscheidungsprozessen angehört und beispielsweise in die Ausschussarbeit einbezogen werden. Darüber hinaus können mit dem "Jugendforum" konkrete Projekte in Form eines Vertrages ausgehandelt werden.

Da das "Jugendforum" vor allem für die älteren Jugendlichen attraktiv ist, erscheint es darüber hinaus sinnvoll, in regelmäßigen Abständen (z.B. alle zwei Jahre) eine offene Kinder- und Jugendversammlung durchzuführen, in dem vor allem auch die jüngeren zu Wort kommen können.

Darüber hinaus sind Kinder- und Jugendliche weiterhin bei allen sie betreffenden Projekten (Umgestaltung von Spielplätzen, Jugendeinrichtungen, Umzug der Scheune etc.) zu beteiligen. Jugendbeteiligung muss selbstverständliches Element der Stadtentwicklung werden und nicht nur schmückendes Beiwerk. Für die Beteiligungsbereitschaft ist die gezielte Ansprache der Kinder und Jugendlichen über die Multiplikatoren in Freizeiteinrichtungen, Sportvereinen und Schulen die Voraussetzung.

Eine solche Plattform könnte auch als Verstetigung des Beteiligungsprozesses aus dem Stadtentwicklungsprogramm verstanden werden, für das der im Mai 2010 durchgeführte Jugendworkshop die Grundlage bildet. Eine ähnliche Veranstaltung könnte jährlich oder alle zwei Jahre mit wechselnden Schwerpunkten wiederholt werden, um die Umsetzung des Stadtentwicklungsprogramms zu bewerten und Anpassungsbedarfe zu formulieren.

5. Maßnahmen

Fortsetzung der projektbezogenen Beteiligung, z.B. durch Umsetzung der Projekte aus dem Jugendworkshop (Good-Practice- Bsp. Rheinland-Pfalz: Vertragsmethode: "Zukunft nur mit uns!")

- Sammlung und Priorisierung der im Jugendworkshop vorgeschlagenen Projekte durch die Jugendlichen (vgl. auch Oberziel 13: Auflistung der gewünschten Projekte sowie Protokoll zum Jugendworkshop)
- Weitergabe der Liste an den Gemeinderat.
- Bewertung durch den Gemeinderat
- Verhandlung zwischen Jugendlichen und Gemeinderat in einzelnen Verhandlungsrunden zur Aushandlung der Projekte => Vertrag zwischen Gemeinde und Jugendlichen
- Planungswerkstatt zur Umsetzung der Projekte und Umwandlung in realisierbare Schritte
- Umsetzung durch Gemeinde (finanziell) und Jugendliche
- Wichtig: Da im Jugendworkshop viele Jugendliche der Scheune beteiligt waren, auch andere Jugendliche ansprechen
- Mögliche Projekte:
 - Erneuerung von Jugendtreffpunkten oder -hütten (Gemeinsam Suche nach Lösungen für die dauerhafte Pflege und Instandhaltung der Treffpunkte)
 - Beteiligung der Jugendlichen an der Verlagerung der Scheune
- Verbesserung des Dialogs und Entwicklung neuer Projekte, z.B. durch Präsentation aktueller Vorhaben in den Jugendeinrichtungen (Zukunft Jugendzentrum/JZMiks St. Franziskus)

Akteure: Stadt (FD Jugend und Familie), Stadtplanung, Jugendlichen, Jugendeinrichtungen, Schulen	Zeitraum: 2012
	Priorität: hoch

Prüfung der regelmäßigen Beteiligung von Jugendlichen entweder durch

- a) Gründung eines Jugendforums
 - Jugendrat der Scheune bei Interesse als Ausgangspunkt für ein dauerhaftes Jugendforum
 - Formulierung der Spielräume und Aufgaben des Jugendforums
 - Akzeptanz unter den Politikern herstellen
 - Regelmäßig Verträge zwischen Politikern und Jugendlichen abschließen (s.o.)
- b) Etablierung einer regelmäßigen Kinder- und Jugendversammlung (Good-Practice-Bsp. Jugendforum Bremen-Vegesack: "Nur wer zuhört, kann verstehen")
 - Sinnvoller Zeitraum: alle zwei Jahre
 - Beteiligung von Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen
 - 1. Schritt: Sammlung von Wünschen, Anregungen und Beschwerden zu Maßnahmen von Kindern und Jugendlichen
 - 2. Schritt (nach einem halben Jahr): Rückmeldungen: Hier wird berichtet, welche Maßnahmen in der Zwischenzeit unternommen wurden, welche Wünsche erfüllt werden und welche Wünsche aus welchen Gründen nicht erfüllt werden können
 - Vgl. <http://www.ortsamt-vegesack.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen194.c.1854.de>
 - siehe auch: Kinderversammlungen Nürnberg:
http://www.jugendamt.nuernberg.de/kinder/kinderversammlungen_um_was_gehts.html

Akteure: FD Jugend und Soziales , Jugendliche, Jugendeinrichtungen (insbes. Scheune)	Zeitraum: 2020
	Priorität: mittel



16. Die vorhandene Kooperation im Bereich des Sports (Sportvereine und Schulen) ist auszubauen!

1. Anlass, Relevanz, Problemstellung / Situationsbeschreibung

Mit dem Stadtsportverband bestehen bereits bewährte Kooperationsstrukturen der Ibbenbürener Sportvereine. Der Stadtsportverband ist der Dachverband von derzeit 39 Vereinen als Mitglieder. Er versteht sich als Bindeglied zwischen den Mitgliedsvereinen, den Kindergärten, den Schulen und der Stadt Ibbenbüren und unterstützt das ehrenamtliche Engagement im Sport. Als Interessenvertretung seiner Mitglieder gegenüber Rat und Verwaltung ist er in den Sitzungen des Sport- und des Jugendhilfeausschusses der Stadt Ibbenbüren vertreten (www.stadtsportverband-ibbenbueren.de). Laut Vereinssatzung ist der Zweck des Vereins:

- Förderung der gemeinsamen Interessen der Sportvereine mit Sitz in Ibbenbüren,
- Förderung der sportlichen Jugendarbeit in den Vereinen,
- gemeinsames Auftreten der ortsansässigen Vereine in Fragen von vereinsübergeordneter Bedeutung,
- Koordinierung der Öffentlichkeitsarbeit in Fragen von allgemeinem Interesse,
- Ehrung verdienter Sportler/-innen und sonst um den Sport verdient gewordener Personen
- Einflussnahme auf die Gebietskörperschaften bei Errichtung und Zurverfügungstellung von Sporteinrichtungen,
- Förderung des freundschaftlichen Verkehrs der Mitgliedsvereine und ihrer Mitgliedsvereine untereinander sowie
- Unterstützung der Mitgliedsvereine in überverbandlichen und überfachlichen Angelegenheiten.

Kooperation zwischen Sportvereinen fallen oft schwer. Nicht zuletzt aufgrund langjähriger Konkurrenzsituationen und starker Verwurzelung in einem Stadtteil ist vor allem die gemeinsame Nutzung von Infrastrukturen oft schwer zu realisieren. Aufgrund der jedoch bereits etablierten Kooperationsstruktur soll der Fokus in diesem Rahmen vor allem auf die Spielstätten und deren Sanierung oder Ausbau gerichtet werden. Angesichts knapper öffentlicher Kassen kommt bürgerschaftlichen oder vereinsgetragenen Initiativen eine immer stärkere Bedeutung zu, insbesondere, wenn man die lange und nur auszugsweise dargestellte Liste notwendiger baulicher Maßnahmen betrachtet, die unter anderem durch ein beauftragtes Ingenieurbüro identifiziert wurden (Beschlussvorlage für den Rat vom 15.12.2006):

- Errichtung eines weiteren Rasenspielfeldes im Sportzentrum Ost
- Erweiterung des Rasenplatzes in Ibbenbüren-Dörenthe auf Normmaße
- Bau eines Kunstrasenplatzes/Tennenspielfeld in Ibbenbüren-Schierloh
- Überlassung eines weiteren Spielfeldes in Ibbenbüren-Schierloh als Ausweichfläche
- Turnhalle Helen-Keller-Schule
- Sporthalle Johannes-Kepler-Gymnasium
- Überlassung von geeigneten Vereinsräumen für den Marathonverein Ibbenbüren e. V.
- Errichtung eines Bolzplatzes in Ibbenbüren-Dörenthe
- Modernisierung des Tennenplatzes im Sportzentrum Ost in Kunststoffbauweise
- Modernisierung bzw. Erweiterung des vereinseigenen Umkleidegebäudes des SV Dickenberg
- Errichtung eines Bolzplatzes in unmittelbarer Nähe zum Sportgelände des SV Dickenberg

Dass mit dem Bau der in der Prioritätenliste sehr weit oben stehenden Turnhalle des Kepler-Gymnasiums noch nicht begonnen wurde, deutet auf den bestehenden Investitionsstau hin.

Neben dem Bau der Kepler-Halle bestimmt vor allem die Umwandlung von vorhandenen Tenneplätzen in Kunstrasenplätze sowie der nicht in der Liste enthaltene mögliche Neubau einer Dreifach-Sporthalle für die westlichen Stadtteile und einer Gymnastikhalle in Uffeln die öffentliche Diskussion. Letztere wurde auch auf den Bürgerwerkstätten nochmals eingefordert.

2. Analyse, Bewertung, Thesen

In Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Vereinen und Stadtsportverband können die notwendigen Baumaßnahmen nur anhand einer Prioritätenliste abgearbeitet werden. Der Fokus soll in diesem Rahmen jedoch vor allem auf die Realisierbarkeit einer Dreifachsporthalle für die westlichen Stadtteile gelegt werden. Bereits im Jahr 2001 wurde die Verwaltung beauftragt, Planungen für den Bau einer Dreifach-Sporthalle in Püsselbüren in Zusammenarbeit mit dem Sportverein SW Esch 1930 e.V. und der Städt. Ludgerischule zu erstellen (Beschlussvorlage an den Rat vom 26.06.2001).

Angesichts der Tatsache, dass bisher keine Maßnahmen ergriffen wurden, ist eine Realisierung mit einem hohen Anteil öffentlicher Mittel mittelfristig nicht zu erwarten. Daher sind hier besonders bürgerschaftliches Engagement und Kooperationen auch abseits des Sports notwendig. Ein Vorschlag aus der Bürgerwerkstatt lautet dabei, alle Vereine der westlichen Stadtteile auch finanziell einzubinden sowie Spenden zu akquirieren, in Form von Geld- und Sachleistungen (z.B. Baumaterialien). Bauunternehmer könnten als Sponsoren auftreten. Tragfähigkeit kann durch die Einrichtung eines Cafés und die Aufstellung von Solarmodulen auf dem Dach (Bsp. Grüne Halle Hörstel) erreicht werden.

Für ein derartiges Vorhaben sind Investitionskosten im 7-stelligen Bereich zu erwarten. Trotz des herausragenden bürgerschaftlichen Engagements ist es wenig wahrscheinlich, dass ein derartiges Projekt ohne öffentliche Mittel finanzierbar ist. Die Beispiele aus dem Radwegebau haben jedoch verdeutlicht, dass durch ehrenamtliches Engagement Prozesse eingeleitet werden können und durch viel Eigenleistung auch die öffentliche Investitionsbereitschaft erhöht werden kann.

Ähnliches gilt für die Gymnastikhalle in Uffeln. Bürgerschaftliches Engagement ist vorhanden, der Sportverein bestens in die Bevölkerung integriert. Die Maßnahme kann auch im Zuge der Erweiterung des Gasthauses Mutter Bahr zu einem Sporthotel erfolgen. Die hier entstehenden Angebote könnten auch von Vereinen genutzt werden.

3. Ziele, Leitlinien

Ziel ist die Umsetzung möglichst aller baulichen Maßnahmen im Bereich der Sportstätten. Angesichts begrenzter öffentlicher Finanzierungsmöglichkeiten sind neben der Kooperation der Vereine untereinander auch Kooperationen abseits der Sportvereine erforderlich.

Dabei können Projekte bürgerschaftlich initiiert werden. Durch Vorleistung, Drittmittelinwerbung und Schaffung privatwirtschaftlicher Anreize kann der notwendige öffentliche Finanzierungsbedarf reduziert werden.

4. Maßnahmen

Einführung von Kooperationsformen zur Realisierung von Sportstätten

- Bau einer Dreifach-Turnhalle in Püsselbüren als Gemeinschaftsinitiative
 - Standort- und Machbarkeitsuntersuchung
 - Erhöhung der öffentlichen Investitionsbereitschaft durch Eigenleistung
 - Bürgerwerkstatt: Finanzielle Einbindung aller Vereine der westlichen Stadtteile
 - Bürgerwerkstatt: Akquirierung von Spenden, in Form von Geld- und Sachleistungen (z.B. Baumaterialien)

- Bürgerwerkstatt: Einrichtung eines Cafés und Aufstellung von Solarmodulen auf dem Dach (Bsp. Grüne Halle Hörstel)
- Bau einer Gymnastikhalle in Uffeln als Gemeinschaftsinitiative
 - Einbindung von Bevölkerung und Sportverein
 - Umsetzung im Zuge der Erweiterung des Gasthauses Mutter Bahr zu einem Sporthotel

Akteure: Bürger, Vereine , in Kooperation mit Unternehmen / Sponsoren / Stadt	Zeitraum: 2020
	Priorität: mittel



17. Der Bürgersinn und das Ehrenamt der Ibbenbürener stellt eine Besonderheit in der Stadt dar und ist kontinuierlich zu fördern!

1. Anlass, Relevanz, Problemstellung

Bürgerengagement, Ehrenamt oder Freiwilligenarbeit sind wichtige Grundlagen einer funktionierenden Stadtgesellschaft, da viele Projekte und Vereine vor allem durch freiwillige Arbeit getragen werden. Im Folgenden wird der Begriff Bürgerengagement oder freiwilliges Engagement gewählt, weil dieser den Charakter des heutigen "Ehrenamtes" besser wieder gibt, denn längst drückt sich Bürgerengagement nicht nur in Ämtern aus, sondern einfach in Arbeit für andere Menschen ohne oder nur gegen geringe Bezahlung. Gegenwärtig sind ca. 23 Millionen Deutsche freiwillig tätig.

Seit Anfang der 2000er Jahre wurde häufig der Rückgang des Bürgerengagements beklagt, gleichzeitig wurde aber auch freiwilliges Engagement als Heilmittel für die Lösung gesellschaftlicher Missstände, wie Politikverdrossenheit, geringer werdenden Haushaltsmitteln der Kommunen gesehen (vgl. Heinze, Rolf G. 2002). Immer noch klagen Organisationen über mangelnden Nachwuchs (besonders in der freiwilligen Feuerwehr oder im Sport), über Zeitprobleme und fehlende Mittel zur Aktivierung des Bürgerengagements (vgl. BMFSFJ 2008 sowie TNS-Infratest 2009).

Die Enquete-Kommission des Bundestages zur "Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements" trug im Jahr 2003 zur Gründung der ersten Initiative zur Förderung des Bürgerengagements bei, die sich aus Mitgliedern eines Bundestagsausschusses, kommunalen Spitzenverbänden und Sparkassen zusammensetzte. Wichtigste Aktion dieser Initiative "für mich. für uns. für alle." war und ist die Ausschreibung des Bürgerpreises. Darüber hinaus gibt sie Informationen, Anleitungen und gute Hinweise heraus (vgl. www.buerger-engagement.de). Mittlerweile kommuniziert sie auch über Facebook, Twitter, Studie VZ und andere Internetforen.

Seit dem Sommer 2007 ist die Förderung des Bürgerengagements Thema der Bundesregierung. Mit der Initiative ZivilEngagement "Miteinander – Füreinander" beabsichtigt das BMFSFJ das freiwillige Engagement zu stärken: Im Vordergrund stehen Wettbewerbe für freiwilliges Engagement, Informationsveranstaltungen. Stärkung der Kooperation zwischen verschiedenen Akteuren, Förderung von Projekten (Bürgerstiftungen, Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros, Lokale Bündnisse für Familien, Mehrgenerationenhäuser, Paten, Aktive Senioren, Freiwilligendienste und Qualifikationen für ehrenamtliche Tätigkeiten) (vgl. www.initiative-zivielengagement.de) sowie Erfahrungsaustausch. In den Ländern gibt es mittlerweile Koordinierungsstellen und Landesnetzwerke. Darüber hinaus soll das bürgerschaftliche Engagement in Unternehmen gefördert werden (vgl. www.cccdeutschland.org).

In den Zielen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements heißt es: "Bürgerschaftliches Engagement hat sowohl eine wichtige Bedeutung für Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, als auch für jene, die helfen. Sich zu engagieren heißt, stärker an Gesellschaft und Gemeinschaft teilzuhaben" (vgl. BMFSFJ 2008, S.9).

Seit 1999 findet alle fünf Jahre eine repräsentative Bevölkerungsumfrage zum Bürgerengagement statt. Die aktuelle Studie ergab, dass gegenwärtig 36 % der Bevölkerung längerfristig engagiert sind, d.h. sie haben Arbeiten, Aufgaben oder Funktionen übernommen. Dabei ist die Zahl in den letzten Jahren konstant geblieben. Allein die Bereitschaft zum Engagement hat sich erhöht.

Besonders engagiert sind Eltern (vor allem in den Bereichen Kindergarten, Schule, Sport und Kultur) sowie Senioren (ab 60 Jahren). Bei letzteren ist das Engagement in den letzten Jahren gestiegen. Sie übernehmen häufig Aufgaben in den Bereichen Soziales, Pflege und Betreuung, brauchen hierbei aber besonders Unterstützung und Anerkennung. Das Engagement der Jugendlichen liegt

im allgemeinen Durchschnitt, die Bereitschaft, sich zu engagieren ist bei Jugendlichen besonders hoch. Zusätzlich zu den bereits engagierten Jugendlichen würden weitere 49% eine Tätigkeit übernehmen. Dabei ist zu beachten, dass Jugendlichen sich dabei gleichzeitig beruflich verwertbare Qualifikationen und Kompetenzen aneignen möchten (vgl. TNS-Infratest 2009).

2. Situationsbeschreibung

In Ibbenbüren hat bürgerschaftliches Engagement bereits seit langem Tradition. In zahlreichen, bereits schon viele Jahre bestehenden Vereinen, die sich Sport, Kultur oder sozialen Aufgaben widmen, sowie in den Kirchengemeinden sind Bürger aktiv.

Einer der größten traditionellen Träger freiwilliger Arbeit ist der Sozialdienst katholischer Frauen e.V. (SkF). Er gehört zum Deutschen Caritasverband und bietet seit 1927 Beratung und Hilfe für Menschen an, die sich in einer erschwerten Lebenssituation befinden (vgl. www.skf-ibbenbueren.de).

Größte bürgerschaftliche Projekte des SkF sind das Sozialkaufhaus mit Kleiderkammer, Möbellager, Haushaltslädchen, Suppenküche, Tafel sowie der Sozialpunkt, einer Beratungsstelle, die Menschen mit Problemen und Schwierigkeiten in allen Bereichen des Alltags berät, unterstützt und weiter vermittelt.

Der SkF ist außerdem Träger der Freiwilligenbörse KISTE (Kontakt und Information für Soziale Tätigkeit im Ehrenamt): Sie übernimmt die Aufgabe Menschen über Möglichkeiten regionalen Bürgerengagements im gesamten Tecklenburger Land zu informieren, Einsatzmöglichkeiten aufzuzeigen und zu vermitteln. Sie unterstützt ebenfalls Vereine und andere Organisationen bei der Suche nach freiwilligen Helfern und entwickelt neue Projekte.

Die Möglichkeiten sich in Ibbenbüren freiwillig zu betätigen sind vielfältig, da viele Träger bereits Erfahrungen mit engagierten Bürgern besitzen; hier nur eine Auswahl:

- Stadtbibliothek: "Ibbenbürener Ohrenbär", Vorleseprojekt
- Bürgerstiftung Tecklenburger Land: "Alt für Jung": Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Bildungs- und Ausbildungsdefiziten durch Senioren
- Bürgerstiftung Tecklenburger Land; "Jung für Alt": FSJ in Senioreneinrichtungen
- Behinderten- und Altenheime: Besuchsdienste
- DRK: Betreuung von Behinderten
- Betreuungsverein SkF: rechtliche Betreuung von kranken oder behinderten Menschen
- Kunstverein: Mitarbeit bei neuen Ausstellungen
- Tagespflege Laggenbeck: Unterstützung

Außerdem gibt es die direkte Vermittlung von interessierten Bürgern an andere, die Hilfe benötigen, ohne Träger, z.B. das Projekt "Omapa", in dem "Ersatz-Großeltern" an junge Familien vermittelt werden oder das Projekt "Eins Plus", das dafür wirbt in Supermärkten gezielt ein Produkt mehr einzukaufen, das an die Ibbenbürener Tafel gespendet wird.

Bürgerschaftliches Engagement wird nicht nur über die Presse sondern auch über das Regionalradio aktiv beworben. Dazu werden regelmäßig Beiträge gesendet, in denen Initiativen oder Menschen porträtiert werden, vom Vorlesenachmittag über den Bürgerbus bis zu Naturschutzaktionen.

Darüber hinaus gibt es zahlreiche weitere Möglichkeiten, sich freiwillig zu engagieren, in Sportvereinen, im Bereich Kultur (Konzerte im Steinbruch werden z.B. auch mit freiwilligem Engagement durchgeführt), im Begegnungszentrum für Ausländer und Deutsche (Ausbildung von Integrationslotsen vgl. Oberziel 18) oder in ständigen gesellschaftlichen Gruppen, die sich für die Belange bestimmter Zielgruppen oder Bereiche einsetzen (u.a. Bündnis für Familie, Seniorenbeirat, Agenda 21-Gruppe).

Viele Freiwillige sind auch in den Grundschulen und Familienzentren beschäftigt und werden nicht durch die KISTE, sondern unmittelbar über ihre Kinder aktiv. Auch zahlreiche Jugendliche engagie-

ren sich in Sportvereinen oder im Jugendkulturzentrum Scheune, dessen Veranstaltungen von den Jugendlichen größtenteils selbst organisiert werden.

Auch Projekte der Stadtentwicklung wurden in Eigeninitiative von Bürgern durchgeführt, wie der Bau eines Radweges in Uffeln oder die Rettung des alten Freibades in Laggenbeck.

Seit 2010 wird das Bürgerengagement auch in Ibbenbüren durch eine "Ehrenamtskarte" anerkannt. Engagierte Bürger erhalten Vergünstigungen in öffentlichen Einrichtungen, Bildung, Einzelhandel, Dienstleistungen, Freizeit, Kultur, Sport und Wellness, Tourismus. Die Ehrenamtskarte wird unter bestimmten Kriterien von der Stadt vergeben (vgl. www.kiste-ibb.de/service/ehrenamtskarte).

Darüber hinaus fördert der Kreis Steinfurt verschiedene temporäre Projekte des Bürgerengagements und betreut das Netzwerk "Ehrenamt und Selbsthilfe".

3. Analyse, Bewertung, Thesen

Ibbenbüren ist in vielen Bereichen des ehrenamtlichen Engagements, die von der Bundesregierung unterstützt werden, gut aufgestellt. Es gibt die Bürgerstiftung Tecklenburger Land, Die Freiwilligenagentur "KISTE", einen Seniorenbeirat, ein Lokales Bündnis für Familien, verschiedene Patenprojekte bzw. zahlreiche Projekte aus dem sozialen und Betreuungsbereich.

Die KISTE übernimmt vor allem die Vermittlung von Ehrenamt in den Bereichen Soziales, Pflege und Betreuung und spricht damit traditionell ältere Menschen und Frauen an. Eltern engagieren sich eher in den Einrichtungen ihrer Kinder und werden von diesen unmittelbar angesprochen. So sind zahlreiche Projekte ins Leben gerufen worden. Auch die neu eingeführte Ehrenamtskarte für Ibbenbüren ist ein Schritt in die richtige Richtung der besseren Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements.

Unter den Zielgruppen haben jedoch die Jugendlichen bislang wenig Vermittlungsmöglichkeiten. Gerade die Bereiche, in denen sie besonders aktiv sind, wie Sport, Umweltschutz oder längerfristige Tätigkeiten z.B. im Rahmen eines freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres werden keine gezielten Vermittlungsaktivitäten durchgeführt. Hier ist noch ein Potenzial vorhanden, das in Ibbenbüren nicht ausgeschöpft ist.

Auch Freiwilligendienste für Senioren, die einen längeren zusammenhängenden Zeitraum umfassen, werden in der Kiste nicht vermittelt.

Darüber hinaus ist der Bereich Fortbildung und Qualifikation für ehrenamtliche in Ibbenbüren noch unterrepräsentiert. Zwar gibt es einen Link auf zwei bundesweit aktive Weiterbildungsträger. Konkrete Angebote in Ibbenbüren oder im Kreis Steinfurt werden jedoch nicht aufgeführt.

Auch Hinweise auf die zahlreichen Wettbewerbe zum Thema Ehrenamt, die die Bundesinitiativen oder das Land NRW ausloben, ebenso wie die gezielte Zusammenarbeit mit Unternehmen, fehlen.

4. Ziele, Leitlinien

Ibbenbüren braucht insgesamt noch mehr Professionalität bei der Vermittlung freiwilliger Tätigkeiten, denn auch die Ehrenamtsbörse KISTE wird zurzeit durch Freiwillige getragen. Die KISTE kann daher zurzeit nicht die Aufgaben übernehmen, die zur Verbesserung des bürgerschaftlichen Engagements in Ibbenbüren sinnvoll wären und die im Folgenden aufgeführt werden:

- Gezielte Ansprache von Jugendlichen über deren Einrichtungen, z.B. über die Scheune oder andere Jugendfreizeiteinrichtungen mit Vermittlung von Freiwilligendiensten. Die Verlagerung der Scheune in die Innenstadt wäre für eine solche Ansprache der Jugendlichen hilfreich,
- Bessere Anerkennung der Freiwilligenarbeit insbesondere von Jugendlichen, oder aber durch die Unterstützung der Beteiligung an Wettbewerben
- Vermittlung von längerfristigen Freiwilligendienste für Senioren,
- Gezielte Qualifikation von Freiwilligen

- Gezielte Einwerbung von Mitteln für Sponsoring bzw. Werbung für freiwillige Arbeit bei Unternehmen, um das bürgerschaftliche Engagement auch finanziell zu unterstützen

Vorsicht ist jedoch bei der Überfrachtung des bürgerschaftlichen Engagements mit Erwartungen verbunden: Dieses kann nicht Lückenfüller eines Sozialstaates werden, dem das Geld ausgeht, sondern benötigt ebenfalls finanzielle Ressourcen, um auf eine stabile Basis gestellt werden zu können.

5. Maßnahmen

Gezielte Ansprache von Betrieben und Entwicklung von betrieblichen Projekten

- Freiwilliges Engagement bietet Qualifikation für Mitarbeiter
- Engagierte aus den Betrieben in soziale Einrichtungen
- Aufbau von Schulpatenschaften zwischen einzelnen Schulen und Betrieben
- Nutzung unternehmerischen Know-how von Pensionären zur Beratung von Existenzgründern (z.B. im Rahmen eines Mentoren-Programms)

Akteure: Seniorenbeirat , Unternehmen, Schulen, Träger	Zeitraum: 2012
	Priorität: hoch

Professionalisierung der Ehrenamtsbörse

- Aufwandsentschädigung oder tarifliche Bezahlung für die Mitarbeiterinnen
- mehr Werbung für die bestehende Ehrenamtsbörse
- Hinweise auf Wettbewerbe der verschiedenen Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements
- Ehrenamtskarte publik machen, Pressearbeit
- Einbeziehung von Unternehmen (s.u., vgl. auch Oberziel 18)
- Entwicklung neuer Projekte für Jugendliche (s.u., vgl. auch Oberziel 15)
- Entwicklung neuer Projekte; z.B. Seniorenbegleiter (rd. 50 Städte z.B. Göttingen, Minden, Göppingen, Aalen bieten mittlerweile die Qualifikation zum ehrenamtlichen Seniorenbegleiter an, läuft in der Regel über Diakonie oder Caritas oder Seniorenbeirat (10 Kurseinheiten von je 2 h) für gemeinsame Unternehmungen; Konzerte, Spazieren gehen, Besuche, Fortbildung finanziert z.B. über Spenden: Stadt Seniorenrat, Landesgesundheitsamt

Akteure: SkF , Träger und Sozialverbände, Kreis oder Sponsoren	Zeitraum: 2020
	Priorität: mittel

Gezielte Entwicklung und Vermittlung von Projekten für Jugendliche

- Ehrenamtszeugnisse / Engagementnachweise für Jugendliche, die sie auch für ihre berufliche Laufbahn verwenden können
- Vermittlung von freiwilligen ökologischen oder sozialem Jahr (FSJ oder FÖJ)
- Projekte für Jugendliche, die Senioren helfen (z.B. Seniorenschule Recke)
- Projekte im Umweltschutz (Aufwertung und Umgestaltung der Halden)
- Verlagerung der Scheune (vgl. auch Oberziel 15)
- Ansprache über die geplante Internetplattform des Kreises

Akteure: Träger , Jugendeinrichtungen, Jugendliche, Kreis	Zeitraum: 2020
	Priorität: gering

Qualifikation für freiwillig Engagierte verbessern

- Qualifikationsgutscheine in Kooperation mit Bildungsträgern (VHS; FH; Berufsschulen)
- Angebot von Qualifikationen

Akteure: Bildungsträger , SkF, Kreis	Zeitraum: 2020
	Priorität: gering



18. Integration bleibt eine Daueraufgabe, die auch in den Schulen und in den Stadtteilen verortet sein muss!

1. Anlass, Relevanz, Problemstellung

Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist und bleibt eine Daueraufgabe. Ende 2008 lebten rund 6,7 Millionen Ausländer in Deutschland. Das entspricht einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 8,2%. Insgesamt 19% der Einwohner Deutschlands haben einen Migrationshintergrund, d.h. sie sind seit 1950 nach Deutschland zugewandert oder Nachkommen von Zugewanderten. Weitere 8 Millionen Ausländer werden in den nächsten 20 Jahren erwartet. Diese neue Vielfalt der Kulturen stellt für unsere Gesellschaft und insbesondere für die Kommunen, eine große Herausforderung dar (vgl. DOSB 2010, Der Paritätische 2010). Es ist die Rede von "sozialer Segregation" in den Städten oder "Parallelgesellschaften" (vgl. bpb 2006).

Insbesondere im Bildungsbereich sind große Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund festzustellen: So verfügen 14,2% der Migranten über keinen allgemeinen Schulabschluss (gegenüber 1,8% bei den Menschen ohne Migrationshintergrund). 44,3% haben keine berufliche Ausbildung (gegenüber 19,9%) und 12,4% sind erwerbslos (gegenüber 6,6%). Dabei ist zu berücksichtigen, dass unter diesen Zahlen alle Menschen mit Migrationshintergrund erfasst sind, auch jene der ersten Zuwanderergeneration, die häufig nur über geringe Schulabschlüsse verfügten.

Betrachtet man die heutigen Jugendlichen, so stellt sich die Situation in Deutschland ähnlich dar:

**Absolventen/Abgänger der Jahre 1998 und 2008 –
Anteile an den Abschlussarten (Angaben in Prozent)**

	1998			2008		
	Absolventen gesamt	davon Anteil bei Deutschen	davon Anteil bei Ausländern	Absolventen gesamt	davon Anteil bei Deutschen	davon Anteil bei Ausländern
Ohne Hauptschulabschluss	9,0	7,9	19,5	7,0	6,2	15,0
mit Hauptschulabschluss	26,5	25,0	41,9	22,6	20,8	40,2
mit Realschulabschluss	40,1	41,2	28,9	40,2	41,0	32,6
mit Fachhochschulreife	0,9	0,9	1,0	1,5	1,5	1,6
mit allg. Hochschulreife	23,5	25,0	8,7	28,7	30,5	10,7

Quelle: Statistisches Bundesamt; Fachserie 11, 2009; Eigene Zusammenstellung.

Mehr als 50% der ausländischen Schulabgänger eines Jahrgangs haben keinen oder nur einen Hauptschulabschluss. Nur 1/10 eines Jahrgangs hat die allgemeine Hochschulreife. 44% der ausländischen, aber nur 19% der deutschen Jugendlichen besuchen eine Hauptschule, 41% der Altersgruppe der 25- bis unter 35 Jährigen in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund haben keinen beruflichen Bildungsabschluss (ohne Migrationshintergrund 15%) (vgl. auch: <http://www.wittencms.de/win/start.asp>).

Handlungsbedarf ergibt sich daher nicht nur aus sozialen, sondern zunehmend auch aus wirtschaftlichen Gründen. Das Leibniz-Institut für Länderkunde hat ermittelt, dass die Zuwächse bei den Gewerbeanmeldungen unter Ausländern stärker steigen als unter Deutschen. Zugenommen haben in jüngster Zeit vor allem Gründungen von Migranten aus Osteuropa, auch im hochwertigen Dienstleistungsbereich. Im Kreis Steinfurt haben ausländische Gewerbeanmeldungen einen Anteil zwischen 10 und 15 Prozent an allen Gewerbeanmeldungen (vgl. Leibniz-Institut für Länderkunde, Deutscher Nationalatlas 2010).

2. Situationsbeschreibung

Auch in Ibbenbüren steigt der Anteil der Bevölkerung nichtdeutscher Herkunft seit den letzten 20 Jahren ständig an und hat sich zwischen 1978 und 2008 mehr als verdoppelt (vgl. Kommunalprofil Ibbenbüren 2009). Ende 2008 beträgt der Ausländeranteil in der Stadt 5,3%. Aussiedler oder Menschen mit Migrationshintergrund sind in dieser Statistik nicht erfasst, wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit haben. Laut Informationsblatt des Begegnungszentrums für Ausländer und Deutsche sind zwischen 1989 - 2006 rund 3.400 Aussiedler nach Ibbenbüren gekommen, was einem Bevölkerungsanteil von 6,4% entspricht.

Bevölkerungsstand 31.12.1978 – 31.12.2008

Bevölkerungsgruppe	1978	1983	1988	1993	1998	2003	2008
Bevölkerung insgesamt	42 010	42 328	43 424	46 394	48 407	50 335	51 581
Weiblich	21 886	21 884	22 299	23 672	24 697	25 614	26 108
Nichtdeutsche ¹⁾	1 066	1 449	1 430	2 349	2 391	2 525	2 734

¹⁾ Die Gliederung „deutsch/nichtdeutsch“ ist durch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vom Juli 1999 ab dem Berichtsjahr 2000 beeinflusst; bis einschließlich 1986 geschätzte Werte.

Auch an den Ibbenbürener Schulen ist der Ausländeranteil an den Haupt- und Förderschulen sehr hoch. Von 225 ausländischen Schülern an weiterführenden Schulen besuchen 109 Ausländer die Hauptschule (48% gegenüber 17% deutschen Schülern), 57 die Förderschule (25%), jedoch nur 34 ausländische Schüler die Realschule und 25 das Gymnasium (vgl. Kommunalprofil).

Im Jahr 2007 gingen 21,3% der ausländischen Schüler ohne Abschluss von der Schule ab, im Jahr 2004 waren es noch 37,5% (vgl. Demografiebericht).

Allgemeinbildende Schulen^{*)} am 15.10.2008

Merkmal	Ins-gesamt ¹⁾	Grund-schule ²⁾	Haupt-schule ²⁾	Real-schule	Gymna-sium	Gesamt-schule	Förder-schule
Schulen	18	9	3	2	2	-	2
Schüler/-innen	7 578	2 330	1 004	1 415	2 543	-	286
Ausländeranteil in %	5,3	7,5	10,9	2,4	1,0	-	19,9
Verteilung in der 7. Jahrgangsstufe auf die Schulformen in %	100	x	22,2	32,3	40,7	-	4,8
Schüler/-innen je Klasse ³⁾	25,2	24,6	23,3	28,9	28,5	-	14,3
Schulentlassungen	833	-	221	188	370	-	54
ohne Hauptschulabschluss	50	-	19	3	-	-	28
mit Hauptschulabschluss nach Klasse 9	42	-	18	2	1	-	21
mit Qualifikationsvermerk	3	-	-	2	1	-	-
mit Hauptschulabschluss nach Klasse 10	114	-	109	-	-	-	5
mit Fachoberschulreife	301	-	75	183	43	-	-
mit Qualifikationsvermerk	164	-	22	99	43	-	-
mit Fachhochschulreife	34	-	-	-	34	-	-
mit Hochschulreife	292	-	-	-	292	-	-
Lehrer/-innen⁴⁾	502	129	83	73	174	-	43
weiblich in %	66,5	91,5	61,4	63,0	52,3	-	65,1
vollzeitbeschäftigt in %	61,6	50,4	66,3	67,1	61,5	-	76,7

^{*)} Der Datennachweis erfolgt gemäß den Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz –

1) ggf. einschließlich freier Waldortschulen und Weiterbildungskollegs – 2) ggf. einschließlich noch nicht umorganisierter Volksschulen – 3) ggf. ausschließlich der Sekundarstufe II – 4) hauptamtliche und BAT-Lehrkräfte

Weil die Arbeitslosigkeit unter Ausländern besonders hoch ist (1/4 der Arbeitslosen in Ibbenbüren haben einen Migrationshintergrund) sind auch Kinderarmut und SGB II-Hilfen unter Ausländern weit verbreitet (vgl. Demographiebericht). Dementsprechend erkranken Migranten auch häufiger

und sind von Altersarmut bedroht (vgl. Kreis Steinfurt 2007). Die meisten Migranten in der Stadt kommen aus der Türkei und Russland.

Ibbenbüren ist mit dem Begegnungszentrum für Ausländer und Deutsche e.V. bereits seit 28 Jahren in der Integration von Ausländern aktiv. Das in der Innenstadt gelegene Zentrum hat sich zur bekannten Anlaufstelle für Menschen mit Migrationshintergrund entwickelt. Ca. 120 Personen suchen das Zentrum am Tag auf, in unterschiedlichen Angelegenheiten.

Alle Integrationsprojekte sind entweder im Begegnungszentrum selbst angesiedelt oder werden von dessen Mitarbeitern (einige mit Migrationshintergrund) in Kooperation mit anderen Einrichtungen (z.B. VHS, Schulen, Bündnis für Familie, Migrantenselbstorganisationen, Jugendeinrichtungen) bearbeitet oder durchgeführt. Im Netzwerk Ibbenbüren sind mittlerweile über 30 Partner aus unterschiedlichen Einrichtungen, davon auch drei Migrantenorganisationen, vertreten, die sich 2-3x / Jahr treffen. Auch mit den islamischen Gemeinden bestehen verschiedene Formen der Kooperation.

Der Schwerpunkt der Projekte liegt auf Maßnahmen im Bereich Ausbildung, Qualifizierung und Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Die konkreten Projekte sind von den Ausschreibungen des Landes, Bundes, der EU sowie des Kreises abhängig. Je nach Projektförderung werden jeweils neue Projekte beantragt und durchgeführt.

Zurzeit laufen folgende Projekte:

- Ein "Feldbahnprojekt" zur Qualifizierung von Migranten,
- das Projekt "Integration statt Isolation", das einen dreimonatigen Fortbildungskurs umfasst,
- die Ausbildung von ehrenamtlichen "Integrationslotsen", die Neuzuwanderern, Spätaussiedlern und Migranten bei der Annäherung an die andere Kultur helfen,
- Qualifizierungskurse, z.B. Ausbildung zur Maßschneiderin für Migrantinnen, die vom Kreis Steinfurt gefördert wird und bereits seit 1987 besteht,
- die obligatorischen Integrationskurse für Migranten, die vermittelt werden und durch das VHS, das Bildungswerk Ibbenbüren e.V. sowie die GEBA - Gesellschaft für Berufsförderung und Ausbildung durchgeführt werden sowie
- die Fortbildung in interkultureller Kompetenz für Pädagogen und Mitarbeiter im medizinischen Bereich.

Darüber hinaus ist das Begegnungszentrum Träger von zwei Kindertageseinrichtungen mit einem angegliederten Familienzentrum sowie von einem multikulturellen Wohnprojekt.

Abgesehen vom Begegnungszentrum für Ausländer ist auch ein Sportverein in Ibbenbüren besonders in der Integration aktiv und "Stützpunktverein 2010". Er ist jedoch nicht Mitglied im StadtSport Verband (SSV). Stützpunktvereine werden vom DSOB (Deutschen olympischen Sportbund) bzw. vom Bml gefördert und setzen das Bundesprogramm "Integration durch Sport" um. Sie bieten besondere Kurse für Migranten an und werben gezielt für sie. Darüber hinaus werden auch außersportliche Unterstützungsleistungen (z. B. Hilfe bei der Suche nach einem Arbeitsplatz, Begleitung bei Behördengängen, Hausaufgabenbetreuung) erbracht.

Ander als in vielen deutschen Städten gibt es in Ibbenbüren keine problematische räumliche Segregation von Migranten. In dem Wohngebiet "Am Wittenbrink" leben zwar überdurchschnittlich viele Menschen mit Migrationshintergrund (überwiegend Aussiedler), was jedoch nicht zu nennenswerten Problemen führt.

3. Analyse, Bewertung, Thesen

Auch in Ibbenbüren stellt sich die Situation insbesondere im Bereich Bildung ähnlich dar wie im übrigen Bundesgebiet: Auch hier besuchen die meisten ausländischen Schüler an den weiterführenden Schulen eine Haupt- oder Förderschule. Dabei liegen die Zahlen noch über dem Bundes-

durchschnitt: Während im Bundesdurchschnitt 44% der ausländischen Schüler eine Hauptschule besuchen und 19% der Deutschen, besuchen in Ibbenbüren 48% der ausländischen Schüler an weiterführenden Schulen eine Hauptschule und nur 17% der Deutschen.

Der Anteil ausländischer Abgänger ohne Schulabschluss liegt in Ibbenbüren ebenfalls über dem Bundesdurchschnitt: Bundesweit liegt er bei 15%, in Ibbenbüren im Jahr 2007 bei 21,3%.

Gerade im Bereich Bildung ist trotz der intensiven Integrationsprojekte und dem Ausbau aller Ibbenbürener Hauptschulen zu Ganztagschulen in den letzten Jahren demnach noch Nachholbedarf vorhanden.

Gute Ansätze sind hier bereits mit dem Programm der Fortbildung in "interkultureller Kompetenz" sowie in der Zusammenarbeit mit Schulen vorhanden. Auch das ehrenamtliche Projekt "Alt für Jung" (vgl. Oberziel 17) führt in die richtige Richtung. Diese Ansätze müssen weiterhin erhalten und ausgebaut werden.

Darüber hinaus findet Integration und Bildung von Jugendlichen auch im außerschulischen Bereich statt. Hier wird mit dem Ansatz der sozialraumorientierten Integrationsarbeit des Begegnungszentrums bereits drauf reagiert. Wichtig ist es, dass hier weitere konkrete Angebote und Möglichkeiten in enger Zusammenarbeit mit den Jugendeinrichtungen folgen (vgl. auch Oberziel 13) und beispielsweise noch mehr örtliche Sportvereine Integrationsaufgaben übernehmen. Teilweise übernehmen auch die Familienzentren Weiterbildungsaufgaben, indem sie für Eltern mit Migrationshintergrund Deutsch als Fremdsprache, anbieten und diese bei der Sprachbildung ihrer Kinder anleiten.

Ein grundsätzliches Problem der Integrationsarbeit ist das der Verstetigung: Die Durchführung von Projekten orientiert sich an den (finanziellen) Möglichkeiten, die Kreis, Land, Bund und EU ermöglichen. So sind Integrationsmaßnahmen in hohem Maße von externer Förderung abhängig.

Das Netzwerk für Integration bindet bereits in vorbildlicher Weise zahlreiche Ibbenbürener Vereine, Gemeinden und Akteure aus dem öffentlichen Leben und der Verwaltung ein. Auffällig ist jedoch, dass unter den über 30 Mitgliedern des Netzwerkes nur drei Migrantenorganisationen sind. Hier scheint es noch Potenzial zu geben, die - nicht nur projektbezogene - Arbeit mit den Migranten auszubauen.

4. Ziele, Leitlinien

Insbesondere in der Lebenswelt der Migranten, den Stadtteilen, den Schulen und den Jugendeinrichtungen, die auch in Ibbenbüren zum großen Teil von Migranten aufgesucht werden, sind die Ansätze zu finden, die Voraussetzungen für die gesellschaftliche Teilhabe zu verbessern. Wichtigstes Ziel ist hier - angesichts der nach wie vor bestehenden Ungleichheiten im Bereich Bildung - die Sprach- und Bildungsförderung von Kindern und Jugendlichen sowie ihren Eltern.

Wichtig erscheint es auch, in Ibbenbüren noch weitere Akteure in die Integrationsarbeit einzubeziehen. Dies sind in erste Linie die Migranten selber, die bislang im Netzwerk nur am Rande vertreten sind sowie größere Ibbenbürener Unternehmen. Auch diese sind in besonderem Maße gefordert, sich für die Verbesserung der Chancengleichheit von Migranten einzusetzen, denn diese sind häufig deren Auszubildende der Zukunft.

Letztlich ist es wichtig, dass die vielen guten Projekte in ein längerfristiges Konzept eingebunden werden, in dem auch die Überprüfung der Wirkungsweise von Einzelmaßnahmen durch ein längerfristiges Monitoring - wie auch im Nationalen Integrationsplan gefordert - vorgesehen ist.

5. Maßnahmen

Sprachförderung in Kindergärten

- Gezielte Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund und Schwierigkeiten in der deutschen Sprache
- Angebote konzentriert auf die Familienzentren (als stadtteilbezogene Anlaufstelle für Integration); z.B. Elterncafés mit spezieller Integrationskonzeption
- Förderung auch der entsprechenden Eltern durch niedrigschwellige Angebote (z.B. Offenburg: „Rucksackprojekt“: Förderung der Erst- oder Muttersprache in 2 h / Woche, Austausch über Erziehungsfragen, Parallel Einübung des Wortschatzes im Kindergarten in deutscher Sprache eingeübt; Finanzierung zu 50% aus Spenden, vgl. http://www.offenburg.de/html/sprachfoerderung_rucksackprojekt.html)

Akteure: FD Jugend und Familie , Kindergärten, Familienzentren, Begegnungszentrum für Ausländer	Zeitraum: 2012
	Priorität: hoch

Schulen als Integrationszentren ausbauen

- Projekte in Zusammenarbeit mit den Schulen, Ausländervertretungen und dem Begegnungszentrum entwickeln; z.B. spezielle Vermittlung von Lehrstellen für Jugendliche mit Migrationshintergrund
- Förderung der Sprachfähigkeit z.B. in Kooperation mit Hochschulen (z.B. Münster Kinderhaus: IVZ 25.01.10: Studierende übernehmen Deutschstunden für Migranten)
- Maßnahmen zur Stärkung der sozialen Kompetenz

Akteure: Schulen , Bildungseinrichtungen und Hochschulen, Ausländervertretungen, Begegnungszentrum für Ausländer	Zeitraum: 2012
	Priorität: hoch

Aktivierung von Unternehmenspotenzialen als Integrationsleistung

- Praktikumsplätze für Jugendliche mit Migrationshintergrund
- Integrationspaten aus Unternehmen
- Initiierung von Sponsoring für Integrationsprojekte (z.B. Elterncafé, Talentprojekte, Rucksackprojekt etc.)
- Freisetzung von Mitarbeitern z.B. als Paten für Jugendliche oder erwachsene Migranten bei der Berufssuche (Bildungskoach SkF)
- Übernahme von zweckgebundenen „Geld“patenschaften für Jugendliche mit Migrationshintergrund (z.B. Witten „Kontrakt – Unternehmen für Bildung“: Bildungsstipendium von €50 für Schüler und Schülerinnen der 8. bis 10. Klasse aus Wittener Hauptschulen für die Teilnahme am Nachhilfeunterricht und anderen Fördermaßnahmen durch Unternehmen)

Akteure: Begegnungszentrum für Ausländer , Schulen, Jugendeinrichtungen, Unternehmen, FD Jugend und Familien	Zeitraum: 2012
	Priorität: hoch

Bildungszugänge für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund erleichtern

- Projekte aus dem kulturellen Bereich zur Erfahrung der eigenen Talente: z.B. Theater, Talentwettbewerb, Sportprojekte in Jugendeinrichtungen
- Kooperation mit Sportvereinen bzw. dem SSV, sowie Boxsportverein, TSC
- Bildungsgutscheine für Kinder und Jugendliche für Musikschule, VHS, Jugendkunstschule, Nachhilfe, etc.
- Schulen als Zentrum der Maßnahmen mit ergänzenden Bildungsangeboten
- Projektsuche gemeinsam mit Jugendfreizeiteinrichtungen und Jugendlichen

Akteure: Bildungsträger und Kultureinrichtungen , Begegnungszentrum für Ausländer, Sportvereine, Migrantenorganisationen, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen	Zeitraum: 2012
	Priorität: hoch

Erweiterung des Netzwerkes Integration durch Migrantenvertreter

- z.B. Mitglieder aus dem türkischen Sportverein, der muslimischen Gemeinde, dem Verband islamischer Kulturzentren sowie einzelne Migranten
- Gründung eines Migrantenbeirats analog zum Seniorenbeirat (In Witten beispielsweise setzt sich der Integrationsrat aus 18 Migranten und 9 Ratsmitgliedern der verschiedenen Fraktionen zusammen)

Akteure: Begegnungszentrum für Ausländer , Migrantenorganisationen	Zeitraum: 2020
	Priorität: mittel

Monitoring der Integrationsansätze insbesondere im Bereich Bildung

- Entwicklung von messbaren Erfolgsindikatoren im Bereich Integration (vgl. auch Integrationskonzept Gemeinde Belm)
- Systematische Datenaufbereitung (z.B. Schulentlassung nach Abschlussarten, Schulübergänge, Sprachstand, Ausbildung), jeweils bezogen auf Schule und Stadtteil

Akteure: FD Jugend und Soziales , FD Schulen, Schulen, Bildungsträger	Zeitraum: 2020
	Priorität: mittel